

Berichte

Das Magazin des Difu



- 4 Standpunkt**
Forschung als Treiber für Innovationen in Stadt und Land
- 9 Forschung & Publikationen**
Kommunale Kooperationen – Gemeinsam für die Energiewende
- 22 Neue Projekte**
Umverteilung von Verkehrsflächen
- 28 Veranstaltungen**
Hitze in der Stadt: von der Hitzeinsel zur kühlen Kommune

Editorial

Standpunkt

- 4 Forschung als Treiber für Innovationen in Stadt und Land

Forschung & Publikationen

- 6 Nachhaltigkeitsindikatorik für eine „Agenda 2030 beyond“
- 7 Green Budgeting und Klimahaushalt für besseren Klimaschutz
- 8 Braunkohlereviere: Infrastruktur für nachhaltige Regionalentwicklung
- 9 Kommunale Kooperationen – Gemeinsam für die Energiewende
- 10 Energetische Sanierungen in Einfamilienhäusern anstoßen
- 11 Kommunale Treibhausgasbilanzen: Neue BSKO-Daten 2024
- 12 Sozialverträglicher Klimaschutz: Welche Rolle spielt der ÖPNV?
- 13 Leerstand aktiv gestalten – Ergebnisse einer Kommunalbefragung
- 15 ‚Moderne Stadtgeschichte‘: Urbanität als soziale Praxis

Neue Projekte

- 21 Wärmeplanung umsetzen
- 21 Umsetzungslabor Bau-Turbo
- 22 Kommunale Brücken
- 22 Umverteilung von Verkehrsflächen
- 23 Adaptation Hubs
- 23 Regenwasser – ab in die Tonne

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 27 Klimaanpassung per Gesetz – Neue Vorgaben von Bund und EU
- 28 Hitze in der Stadt: von der Hitzeinsel zur kühlen Kommune
- 29 Stadt für alle: Kommunen queer-freundlich gestalten
- 30 Netzwerkkonferenz 2026 der Difu-Zuwenderstädte in Berlin
- 31 Kommunen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung

Nachrichten & Service

- 16 Was ist eigentlich Green Budgeting
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwander
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: ARL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Kommunen stehen weiterhin im Zentrum großer gesellschaftlicher Erwartungen und unter erheblichem Druck. Neben den vielen Daueraufgaben – etwa bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die Infrastruktur zu modernisieren, die Digitalisierung zu gestalten und die soziale Teilhabe zu sichern – haben die Hitzewellen des Sommers einmal mehr die Bedeutung der frühzeitigen Anpassung an den Klimawandel und Hitzevorsorge verdeutlicht. Auch hier bleibt die kommunale Ebene ein zentraler Ort, an dem Klimaschutz und -anpassung gestaltet werden und Menschen unmittelbar die Wirkung staatlichen Handelns spüren.

Das Difu begleitet all diese Aufgaben der Kommunen durch Forschung, Beratung und Wissenstransfer. Es versteht sich als Partner der kommunalen Praxis. Wie immer greifen die Beiträge dieses Hefts zentrale Themen auf, die Kommunen aktuell besonders beschäftigen: Wie lässt sich Leerstand systematisch erfassen und wie können Gebäude effizienter genutzt werden? Wie entsteht eigentlich das, was wir „städtisches Leben“ nennen? Auf welche Weise lassen sich Klima- und Umweltziele in die kommunale Haushaltspolitik integrieren? Diese und viele weitere Forschungsfragen beschäftigen uns am Difu.

Während wir uns mit den Veränderungen und Herausforderungen in den Kommunen befassen, entwickelt sich auch das Difu selbst weiter. So gab es im August eine weitere Veränderung an der Institutsspitze: Nach rund sechs Jahren als kaufmännische Geschäftsführerin schied Luise Adrian aus dieser Funktion aus. Wir danken ihr herzlich für ihren großen Einsatz, ihre Expertise und ihren Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung des Difu. Zugleich freuen wir uns, Katherine Kaplan als neue kaufmännische Geschäftsführerin am Difu zu begrüßen. Sie kommt von der Daniel Barenboim Stiftung ans Institut und verfügt über langjährige Erfahrung in der Administration sowohl wissenschaftlicher als auch gemeinnütziger Organisationen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

Ob an der Institutsspitze oder in den Forschungsabteilungen: Das Difu wird auch weiterhin daran arbeiten, Orientierungswissen zur Stärkung der kommunalen Praxis bereitzustellen und Vorschläge zu entwickeln, die vor Ort Wirkung entfalten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und grüße herzlich aus dem Difu.

Prof. Dr. Jochen Monstadt
Wissenschaftlicher Direktor, Geschäftsführer

Forschung als Treiber für Innovationen in Stadt und Land

Forschung zur Nachhaltigkeit für und mit Kommunen umfasst weitaus mehr als technische Innovationen und sollte mit breiter Einbindung der Kommunen und der Institute der Stadt-, Raum- und Nachhaltigkeitsforschung erfolgen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik betreibt angewandte Stadtforschung und ist Partner der Kommunen. Unser Ziel ist es zudem, Städte bei der Umsetzung und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis zu unterstützen. Wir verfolgen darum kontinuierlich die Forschungsagenda des Bundes und werten sie hinsichtlich der für Städte und Gemeinden relevanten Forschungsthemen und -perspektiven aus.

Dies gilt auch für die vom Bundeskabinett im vergangenen Jahr beschlossene Hightech-Agenda Deutschland (HTAD). Die Agenda legt den Fokus auf mehr Wertschöpfung, Wettbewerbsfähigkeit und Souveränität. Sie identifiziert hierzu sechs Schlüsseltechnologien sowie fünf strategische Forschungsfelder. Eng verbunden mit der HTAD ist die vor wenigen Wochen vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) veröffentlichte Strategie „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA), die das HTAD-Forschungsfeld der Meeres-, Klima- und Nachhaltigkeitsforschung konzeptionell umsetzt. Grundsätzlich an frühere FONA-Strategien anknüpfend, verfolgt sie jedoch einen veränderten inhaltlichen Fokus: Nachhaltigkeit wird nicht mehr nur als Ziel, sondern als Mittel für Wachstum und Innovation gesehen. Die drei zentralen Module sind auf die Förderung fundierter Entscheidungsgrundlagen (FONA-Insight), die Entwicklung marktreifer Technologien (FONA-Impact) sowie das Ermöglichen bahnbrechender Game Changer (FONA-Ignite) ausgerichtet.

Es ist zu begrüßen, dass die neue FONA-Strategie auf den Erfolgen ihrer Vorgänger aufbaut. Hervorzuheben sind die inter- und transdisziplinäre Forschung mit Reallaboren und anderen experimentellen Formaten, wie sie auch am Difu stattfindet. Positiv ist zudem, dass eines der vier FONA-Forschungs- und Technologiefelder explizit Innovationen für die Lebensqualität in Stadt und Land in den Mittelpunkt stellt – damit wird die zentrale Rolle der Kommunen für das Erreichen der globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) unterstrichen.

Die langjährigen Erfahrungen des Difu in der wissenschaftlichen Begleitung von BMFTR-Fördermaßnahmen zeigen, dass kommunale Forschungsbeteiligung weit über die Entwicklung

und Erprobung neuer Lösungsansätze hinauswirkt. Sie gibt nicht nur der Forschung wertvolle Impulse, sondern entfaltet auch in den Verwaltungen vor Ort nachhaltige Effekte. Mitarbeitende erweitern ihre fachlichen und methodischen Kompetenzen, Projekte fördern strategische Weiterentwicklungen und deren Umsetzung, Kommunikations- und Entscheidungswege verändern sich. Darüber hinaus stärken Forschungsprojekte die Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg: sowohl zwischen Kommunen als auch mit Bürgerschaft, organisierter Zivilgesellschaft und weiteren lokalen Akteuren.

Es ist darum zu hoffen, dass das Bundesforschungsministerium der Stadt- und Regionalforschung sowie den Kommunen in den kommenden Jahren mindestens den gleichen Stellenwert einräumt wie in der Vergangenheit. Einen ersten Schritt bildete die Bekanntmachung „Ideenschmiede für nachhaltige Städte und Regionen“, die allerdings vollkommen überzeichnet war und bei der die Projektauswahl nicht nach definierten Kriterien, sondern per Losverfahren erfolgte. Der Bedarf ist offensichtlich groß – nun müssen zeitnah weitere Förderungen für Forschung und Umsetzung folgen.

Anlass zur Diskussion bietet das in den Strategien zum Ausdruck kommende Innovationsverständnis. Mit Blick auf die großen transformativen Herausforderungen Deutschlands reichen inkrementelle Innovationen, also schrittweise Verbesserungen bestehender Prozesse oder Produkte, nicht mehr aus. Dies wird zwar erkannt und aufgegriffen, der Fokus jedoch stark auf am Markt verwertbare technologische Innovationen gelegt. Hier ist der FONA-Strategie anzumerken, dass sie innerministeriell entwickelt wurde und eine Einbindung von Stakeholdern erst mit ihrer Veröffentlichung erfolgte. Die Strategie bleibt hinter dem in der bisherigen Forschungsförderung von FONA gesammelten Wissen zurück. Für das Forschungsfeld „Innovationen für Lebensqualität in Stadt und Land“ ist unseres Erachtens die frühe Einbindung von Akteuren aus Kommunalpolitik und -verwaltung, Stadt-, Raum- und Nachhaltigkeitsforschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unerlässlich. Nur so können Fördermaßnahmen wirksam sein, dauerhaft verankert werden und auf gesellschaftliche



Fotos: Difu



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Dr. Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de



Foto: EggHeadPhoto, stock.adobe.com

Akzeptanz stoßen. Nachhaltige Entwicklung ist selten allein eine Frage technischer Lösungen, sondern hängt von institutionellen Rahmenbedingungen, finanziellen Handlungsspielräumen, sozialen und kulturellen Praktiken sowie räumlichen Kontexten ab. Entsprechend sollte sich der Innovationsgrad neuer Ideen und Technologien nicht ausschließlich am Technology-Readiness-Level orientieren.

HTAD wie FONA betonen die beschleunigte Anwendung und Verwertung von Wissen und Technologien in Wirtschaft und Gesellschaft. Praxisnahe Forschung soll gesellschaftliche Transformationen, etwa im Bereich der Digitalisierung, wirkungsvoll unterstützen. Diese Zielvorstellungen haben bereits in den vergangenen Jahren Eingang in Förderprogramme technologiegetriebener Stadtentwicklung gefunden (Stichwort: Smart City). Inzwischen zeigt die Erfahrung, wie stark ihre Umsetzung von den Voraussetzungen abhängt. Evaluationen von Programmen, Projekten und Maßnahmen sind bislang eher die Ausnahme und systematische Erfolgskriterien fehlen oft. Nicht jedes pilothaft geförderte technische Tool erweist sich am Ende als tragfähig und allein der Sachverhalt, dass eine Idee als radikal und disruptiv erscheint, bedeutet nicht, dass diese auch in eine breite Anwendung mündet. Typische Probleme sind institutionelle Hürden (etwa mangelnde Standardisierung), technische Probleme (wie fehlende Schnittstellen), fehlende Wirtschaftlichkeit (wenn ein tragfähiges Geschäftsmodell fehlt), rechtliche Barrieren (etwa im Beschaffungswesen) oder mangelnde Akzeptanz (wenn an den realen Bedarfen vorbei entwickelt wird).

Was es braucht, ist eine Förderpolitik, die die Komplexität bei der Implementierung neuer Lösungen von Beginn an mitdenkt und langfristig agiert. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit sowohl zwischen den Ressorts als auch zwischen den föderalen Ebenen, damit wichtige Erkenntnisse der einen Ebene die andere erreichen. Damit innovative Ideen anschlussfähig sind, muss ihre Anwendungsreife so weit entwickelt sein, dass Ressortforschung oder Förderbanken darauf aufbauen können. Im gleichen Zuge müssen Förderprogramme auch so zusammengeführt und gebündelt werden, dass sie überschaubarer werden. Dies gilt auch in Hinblick auf den zielgruppenadäquaten Zugang zu Ergebnissen und Produkten der Forschungsförderung.

Vor allem aber braucht Forschungsförderung für nachhaltige Entwicklung Kontinuität. Sie sollte sich an langen Linien orientieren. Hier sind die Kommunen ein Stück weit beispielgebend, denn sie haben in den vergangenen 35 Jahren umfangreiches Wissen zur dauerhaften Umsetzung nachhaltiger Stadtentwicklung aufgebaut. Das Engagement vor Ort ist hoch, erfährt aber derzeit viel Gegenwind, da finanzielle Mittel knapper werden und die Dringlichkeit ökologischer Krisen wie des Klimawandels vielerorts auf Skepsis stößt. Hierauf sollte die Forschungsförderung mindestens ebenso eingehen wie auf neue technologische Optionen. Dabei kann sie auf eine breit aufgestellte transdisziplinäre Stadt- und Raumforschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem Difu aufbauen. Es ist viel Know-how für nachhaltige Städte und Regionen vorhanden.

zum Weiterlesen

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Forschung für Nachhaltigkeit: FONA-Strategie (Broschüre, Art.-Nr. 1131956), 2026
www.t1p.de/dpbvs

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt: Hightech Agenda Deutschland, 2025
www.t1p.de/i68hb

Nachhaltigkeitsindikatorik für eine „Agenda 2030 beyond“

Für das Nachhaltigkeitsmanagement der Kommunen spielen Ziele und Indikatoren eine zentrale Rolle. Nur so lassen sich Erfolge messen und Wirkungen abschätzen. Doch haben die heutigen Strukturen eine langfristige Perspektive?

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen hat Indikatoren als zentrales Instrument für nachhaltige Entwicklung etabliert. Doch die Übersetzung globaler Ziele in lokale Praxis bleibt auch wenige Jahre vor dem Auslaufen der Agenda eine Herausforderung – besonders für Kommunen, die nah an den Bürger:innen soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und wirtschaftliche Prosperität vereinen müssen. Die aktuelle Difu-Studie „Rethinking Urban Sustainability Monitoring“ zeigt: Nachhaltige Stadtentwicklung erfordert aussagekräftige Indikatoren und Daten, aber insbesondere auch klare politische und normative Vorgaben darüber, was Nachhaltigkeit auf den verschiedenen Ebenen überhaupt bedeutet.

Indikatoren erfüllen eine doppelte Rolle. Einerseits sind sie neutrale Werkzeuge, die Fortschritte messbar machen und evidenzbasierte Politik ermöglichen. Andererseits transportieren sie politische Botschaften und prägen so das Verständnis von Nachhaltigkeit. Dabei mangelt es grundsätzlich nicht an Kennzahlen, aber an Indikatoren-systemen, die im Stande sind, nachhaltige Entwicklung vor Ort harmonisiert abzubilden und somit die wichtigsten, teilweise konfliktbehafteten Kriterien für die Auswahl und Evaluierung von Indikatoren auszubalancieren. Das sind: Relevanz und Validität, wirtschaftliche Datenverfügbarkeit, Verständlichkeit, Wirkungsorientierung, Flexibilität, Kompatibilität und Handhabbarkeit. Besonders herausfordernd ist die Übersetzungslücke zwischen globalen Zielen und lokaler Wirkung. Während die Agenda 2030 als Rahmen dient,

fehlt es oft an passgenauen Indikatoren für kommunale Realitäten. Der deutsche Ansatz mit den „SDG-Indikatoren für Kommunen“ zeigt zwar, dass eine Anpassung möglich ist. Doch es bleiben methodische Defizite und Abwägungskonflikte: Datenlücken, normative Zielkonflikte sowie die Frage, wie komplexe Zusammenhänge in wenigen, einfach kommunizierbaren Kennzahlen abgebildet werden können. Nachhaltigkeitsindikatoren für Kommunen spiegeln die Übersetzungsverluste bei der vertikalen Integration, aber auch die Limitationen des zugrundeliegenden Rahmenwerks – der SDGs – wider.

Für die Zeit nach 2030 braucht es daher intelligente Monitoringsysteme. Diese sollten integrierte Kernindikatoren mit kommunalspezifischen Ergänzungen verbinden, die neuen Möglichkeiten der digitalen Datenerfassung nutzen und multifunktionale Indikatoren einsetzen, um die Systeme schlank zu halten. Vor allem aber braucht es einen klaren, verbindlichen Orientierungsrahmen, der in einer Mehrebenen-Governance strategische und operative Ziele, Maßnahmen und Indikatoren verknüpft. Um die Spannungsfelder zwischen politischer Tragfähigkeit, wissenschaftlicher Exaktheit und praktischer Umsetzbarkeit zu überwinden, gibt es bereits erste Ansätze, die eine effektive Zielarchitektur und Themenvielfalt adressieren. Das Difu ist Teil eines größeren Prozesses, in dem diese „Agenda 2030 beyond“-Ansätze nun gemeinsam mit Kommunen und verschiedenen Stakeholdern vertieft diskutiert und weiterentwickelt werden.



www.t1p.de/g1u4k



Oliver Peters, M. Sc.
+49 30 39001-204
opeters@difu.de



Foto: Elena, stock.adobe.com

Green Budgeting und Klimahaushalt für besseren Klimaschutz

Der neue Difu-Impulse-Band mit den Ergebnissen des Leipziger Projekts „Green Budgeting“ zeigt, wie ein Klimahaushalt funktioniert, durch den sich kommunales Handeln verändern kann.

Der Klimawandel zählt zu den größten Herausforderungen der Menschheit. Zur Lösung dieses äußerst komplexen Problems müssen verschiedenste Akteure zusammenarbeiten, nicht zuletzt auf kommunaler Ebene. Die Stadt Leipzig setzt mit ihrem Projekt „Green Budgeting – ein nachhaltiger Haushalt für die Stadt Leipzig“ genau an diesem Punkt an. Klimaschutz und Finanzen sollen enger miteinander verknüpft werden, durch geeignete Instrumente und durch klarere Abläufe. Der Haushalt ist der Ort, an dem alle städtischen Handlungen durch ihre finanziellen Anforderungen und Auswirkungen zusammentreffen – und damit der geeignetste Anknüpfungspunkt für den gesamtstädtischen Klimaschutz.

Der Leipziger Ansatz für einen Klimahaushalt bzw. für eine instrumentelle Ausgestaltung des Green Budgetings verfolgt das Ziel, die kommunalen Klimaschutzziele systematisch zu unterstützen, ihre Umsetzung zu beschleunigen und die Zielkonflikte bei der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Ressourcen zu lösen. Nach Abschluss der ersten, primär konzeptionell ausgerichteten, Projektphase dokumentiert jetzt ein Difu-Impulse-Band den Rahmen für eine mögliche Methodik zur Umsetzung eines Klimahaushalts. Der Ansatz soll in den nächsten Haushaltsjahren in der Stadt Leipzig konkret erprobt werden. Die Voraussetzungen dafür werden aktuell in der Fortsetzung des Projekts „Green Budgeting“ geschaffen.

Die Grundidee von Nachhaltigkeits- bzw. Klimahaushalten ist nicht völlig neu. Allerdings bleibt häufig das tatsächliche Handeln angesichts knapper personeller und finanzieller Ressourcen hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Eine der zentralen Fragen in Leipzig war deshalb, wie Klimaschutzmaßnahmen nicht nur im Ergebnis der Haushaltsplanung ausgewiesen, sondern explizit in jeder Phase der Haushaltssteuerung als wichtiges Gestaltungselement berücksichtigt werden können.

Im Kern besteht der Ansatz aus einem Tagging auf der Ebene der Fachzuständigkeiten (Ämter) und Einzelprodukte sowie einer Koordination auf der Ebene der Dezernate. Sowohl in der Ergebnis- als auch in der Finanzrechnung wird transparent gemacht, welche wesentlichen haushaltswirksamen

Positionen mit klimaschädigendem Verhalten oder dem Klimaschutz förderlichen Maßnahmen einhergehen. Damit werden die Haushaltsprozesse durch eine weitere Informationsgrundlage ergänzt. Eine unveränderte Fortsetzung bestimmter Verhaltensweisen (z. B. Nutzung fossiler Energieträger, Ausweitung der Flächeninanspruchnahme



Foto: Votimedia, stock.adobe.com

für die Verwaltung, Dienstreisen) wird durch ein Tagging in „rot“ stärker begründungsbedürftig. Demgegenüber sind klimaschützende Umsetzungsvarianten, die ggf. einen höheren finanziellen Ressourceneinsatz erfordern, im Sinne des Taggings besser bewertet. Dies unterstützt die am Haushaltsprozess Beteiligten bei der Abwägung und Priorisierung. Im Sinne eines geschlossenen Steuerungskreislaufs soll außerdem auch das Tagging ex post evaluiert werden (z. B. für die genannten Beispiele, tatsächliche Energieverbräuche und Flächennutzung).

Die Implementierung erfolgt in einem inkrementellen Prozess – zuerst auf der Ebene einzelner Pilotämter. Bestehende Umsetzungshürden sollen dabei erkannt und die Methodik entsprechend angepasst werden. Anschließend kann der Ansatz sukzessive ausgeweitet werden. Das Tempo und die einzubeziehenden Bereiche sollen kontinuierlich mit dem Dezernat Finanzen und dem Referat Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz abgestimmt werden. Ziel ist es, bereits im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2027/28 konkrete Umsetzungserfahrungen zu sammeln. Darüber wird zu gegebener Zeit ebenfalls berichtet, voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2027.



www.difu.de/publikationen



Dr. Stefan Schneider

+49 30 39001-261

schneider@difu.de

Dr. Henrik Scheller

+49 30 39001-295

scheller@difu.de

Braunkohlereviere: Infrastruktur für nachhaltige Regionalentwicklung

Infrastrukturen können wichtige Beiträge zur sozial-ökologischen Transformation der ehemaligen Braunkohlereviere leisten. Das Projekt TransIS stellt seine Erkenntnisse dazu in einem Bericht, einer Broschüre und einem Factsheet vor.



Foto: LianeM. stock.adobe.com

Mit dem im Jahr 2021 novellierten Klimaschutzgesetz soll Klimaneutralität in Deutschland bis zum Jahr 2045 erreicht werden. Ein wichtiger Schritt im Energiesektor ist dabei der Ausstieg aus dem Abbau und der Verstromung von Braunkohle. Dieser Ausstieg betrifft nicht nur die Energie- und Klimapolitik: Die Braunkohlereviere stehen einem grundlegenden Strukturwandel gegenüber. Gleichzeitig ergibt sich hieraus ein besonderes Gelegenheitsfenster, um den Strukturwandel im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation zu nutzen. Ein wesentlicher Hebel liegt darin, Fördermittel stärker an ökologische Ziele und eine nachhaltige Raumentwicklung zu knüpfen.

Das Vorhaben „Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel und eine nachhaltige Raumentwicklung“ (TransIS) hat die Potenziale einer nachhaltigen Infrastrukturgestaltung in den drei Braunkohlerevieren Rheinisches, Mitteldeutsches und Lausitzer Revier untersucht. Anhand von drei explorativen Fallstudien wurde analysiert, wie die Gestaltung von Infrastrukturen in ihrem regionalen Kontext Umwelt und Nachhaltigkeit im Strukturwandel stärken kann. Dazu wurde auch untersucht, wie in den förderpolitischen Rahmenbedingungen des Strukturwandels die Umweltperspektive besser berücksichtigt werden kann.

In Abstimmung mit dem Umweltbundesamt als Auftraggeber wurden in partizipativen Prozessen mit Akteuren aus den drei Revieren konkrete Empfehlungen für infrastrukturelle Ansätze eines

nachhaltigen Strukturwandels und künftige Fördermittelpolitiken erarbeitet. Ein wichtiger Ansatz sind dabei auf Dauer angelegte Beratungs- und Unterstützungsangebote, die Vertrauen aufbauen und lokale Akteure einbinden. Auch Förderprogramme mit klaren und verbindlichen Zielen sowie mit messbaren Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien sind wichtig. Noch wichtiger ist jedoch, dass bereits frühzeitig im Antragsprozess ökologische Nachhaltigkeit in Vorhaben systematisch geprüft und verankert wird. Projektplanungs- und Implementierungsprozessen sollten fachlich begleitet werden, um den gezielten Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zu befördern. Dabei stehen insbesondere kleine und ländliche Gemeinden im Fokus, die einen großen Unterstützungsbedarf haben.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führte das Vorhaben gemeinsam mit der Brandenburgische Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg, dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie sowie dem Ecologic Institut durch.

Die Ergebnisse des Vorhabens sind in drei Publikationen veröffentlicht: Der Abschlussbericht bietet umfassende Einblicke in Projektansatz, methodisches Vorgehen, Fallstudien aus den drei Revieren sowie die daraus abgeleiteten Erkenntnisse und Empfehlungen. Eine Broschüre fasst die Fallstudien und Empfehlungen kompakt zusammen. Ein Factsheet enthält dezidierte Empfehlungen zur Strukturmittelvergabe für eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung.



www.difu.de/19799
www.difu.de/19800
www.difu.de/19802



Dipl.-Soz.
 Jan Hendrik Trapp
 +49 30 39001-210
trapp@difu.de

Robert Riechel
 +49 30 39001-211
riechel@difu.de

..Kommunale Kooperationen – Gemeinsam für die Energiewende

Bis grüner Strom in die Haushalte fließt, müssen viele Akteure zusammenarbeiten. Der Arbeitskreis Kommunaler Klimaschutz (AKK) stellt in einem Impulspapier gelungene kommunale Kooperationen und regionale Partnerschaften vor.

Die Transformation der Energiesysteme hin zu erneuerbaren Energien stellt Kommunen vor komplexe planerische, technische und organisatorische Aufgaben. Deren Bewältigung erfordert ein koordiniertes Zusammenwirken von Kommunen, Stadtwerken, Energieversorgungsunternehmen, Netzbetreibern, Energiegenossenschaften, Energieagenturen, Unternehmen sowie weiteren regionalen Akteuren. Die im Impulspapier „Kommunale Kooperationen für die Energiewende – Herausforderungen und Chancen“ des Arbeitskreises Kommunaler Klimaschutz (AKK) dargestellten Praxisbeispiele zeigen, dass kommunale Kooperationen entlang der gesamten Wertschöpfungskette einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten. Dies betrifft die gemeinsame Entwicklung erneuerbarer Energieerzeugung ebenso wie den Ausbau von Energieinfrastrukturen für Transport, Speicherung sowie die Verteilung und Vermarktung von Strom und Wärme.

Eine besondere Bedeutung kommt regionalen und lokalen Partnerschaften zu: Energiegenossenschaften stärken die gesellschaftliche Akzeptanz und ermöglichen regionale Wertschöpfung. Stadtwerke übernehmen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der kommunalen Wärme- und Stromwende. Klimaschutz- und Energieagenturen unterstützen Kommunen, Unternehmen und

Bürger:innen durch neutrale Beratung, Beteiligungsprozesse und die Initiierung gemeinsamer Projekte.

Praktiker:innen vor Ort finden neben konkreten Beispielen für gelungene Partnerschaften auch Hinweise zu Herausforderungen und Chancen bei der Umsetzung von Kooperationen und damit hilfreiche Argumente gegenüber Verwaltung, Politik und Bevölkerung.

Der bundesweit aktive Arbeitskreis beschäftigt sich mit Themen rund um den kommunalen Klimaschutz. Mit seinen „Impulsen für den kommunalen Klimaschutz. Aus der Praxis für die Praxis“ gibt der AKK konkrete Hinweise zu aktuellen Fragestellungen. Zielgruppen sind die Verwaltungen in Kommunen ebenso wie Entscheidungsträger auf politischer Ebene. Der Arbeitskreis wird im Rahmen eines Projekts der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) durch das Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit gefördert und vom Difu begleitet.



Foto: Björn Wylezich, stock.adobe.com



www.difu.de/19819



Anna Hogrewe-Fuchs
+49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Energetische Sanierungen in Einfamilienhäusern anstoßen

Der Klimaschutz im Gebäudebereich funktioniert maßgeblich über die Sanierung von Ein- und Zweifamilienhäusern. Ein Fokuspapier der Agentur für kommunalen Klimaschutz zeigt, wie Kommunen dabei unterstützen können.

In Deutschland gibt es knapp 16 Millionen Ein- und Zweifamilienhäuser. Mit einem Anteil von etwa 80 Prozent prägt das „Häuschen im Grünen“ somit den hiesigen Wohngebäudebestand. Niedrige Sanierungsquoten sowie Gas- und Ölheizungen als weiterhin dominante Heizungstechnik machen deutlich, dass hier ein zentraler Hebel für den kommunalen Klimaschutz besteht. Kommunen haben zwar keinen unmittelbaren Einfluss auf die Sanierungsentscheidungen privater Immobilieneigentümer:innen. Sie können jedoch durch Aktivierungs- und Unterstützungsangebote energetische Sanierungen und den klimafreundlichen Heizungstausch gezielt anregen. Eine fachliche Grundlage bietet das Fokuspapier „Immobilien-eigentümer:innen zu energetischen Sanierungsmaßnahmen motivieren“ der Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu.

Die Publikation gibt Kommunen einen Überblick über unterschiedliche Zielgruppen und geeignete Unterstützungsansätze. Im Fokus stehen dabei insbesondere selbstnutzende Eigentümer:innen und Vermieter:innen. Darüber hinaus werden Möglichkeiten der Sensibilisierung durch kommunale Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppengerechte Kommunikationsstrategien behandelt.

Auf Basis der verschiedenen Anlässe und Zielgruppen lassen sich kommunale Unterstützungs- und Beratungsangebote passgenau ausgestalten. Das Fokuspapier gibt hierzu einen Überblick über in der Praxis bewährte Instrumente von Energieberatungskampagnen über kommunale Förderprogramme bis hin zu innovativen Ansätzen wie dem Sanierungssprint. Ergänzt werden die Ausführungen mit hilfreichen Praxisbeispielen.

Das Fokuspapier zeigt gleichzeitig auf, weshalb sich Kommunen die Aktivierung von Eigentümer*innen zur Aufgabe machen sollten. Denn neben dem Beitrag zum Klimaschutz profitieren die Kommunen selbst von der durch Sanierungen ausgelösten regionalen Wertschöpfung und städtebaulichen Aufwertung.

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz veröffentlicht die Publikationsreihe „Fokus“ im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN). Sie richtet sich an kommunale Akteur:innen, Verwaltungs- und Klimaschutzpersonal in Kommunen.

Neben dem Transfer bestehenden Wissens untersucht das Difu aktuell im Forschungsprojekt „Kommunale Wärmeplanung zur Aktivierung privater Eigentümer*innen“ (KWAPE) weitergehend, wie Kommunen ihre Wärmeplanung in Ein- und Zweifamilienhausgebieten umsetzen können. Im Fokus stehen auch hier die Analyse bestehender Hemmnisse, innovative Versorgungslösungen sowie zielgruppenspezifische Aktivierungsinstrumente.



Foto: David, stock.adobe.com

Das Fokuspapier liefert Hintergrundinformationen zum gesetzlichen Rahmen und sensibilisiert für typische Sanierungsanlässe und -motive. Beispiele für anlassbezogene Sanierungsarbeiten sind ein Heizungstausch aufgrund von Veränderungen im Quartier, etwa wenn das Gasnetz stillgelegt wird. Bei Einfamilienhäusern ist auch die Nach-Familienphase besonders relevant, also die Anpassung des Hauses an veränderte Lebensumstände, wenn zum Beispiel die Kinder ausgezogen sind.



www.difu.de/19530



Susanne Müller
+49 30 39001-164
smueller@difu.de

Jens Bieker, M. A.
+49 30 39001-177
bieker@difu.de

Kommunale Treibhausgasbilanzen: Neue BSKO-Daten 2024

Die Agentur für kommunalen Klimaschutz liefert Kommunen aktuelle Emissionsfaktoren für die BSKO-Bilanz 2024. Eine dazugehörige Hilfestellung erklärt, warum Bilanzwerte schwanken können und wie die Daten interpretiert werden.

Kommunen, die ihre Treibhausgasbilanz nach dem BSKO-Standard erstellen, erhalten eine wichtige Aktualisierung ihrer Arbeitsgrundlage: Die Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu hat gemeinsam mit dem ifeu, Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg, die siebte Auflage des Methodenpapiers „BSKO Bilanzierungssystematik Kommunal“ veröffentlicht. Es liefert die methodischen Grundlagen sowie aktualisierte Emissionsfaktoren und Verkehrsdaten für das Bilanzjahr 2024 – von Erdgas über Fernwärme bis zum Bundesstrommix.

BSKO ermöglicht es Städten und Gemeinden, ihre Energie- und Treibhausgasbilanzen nach einem einheitlichen, deutschlandweit vergleichbaren Standard zu erstellen. Das Papier beschreibt das endenergiebasierte Territorialprinzip, die Definition der Verbrauchssektoren, die Bewertung der Datengüte sowie die Emissionsfaktoren für Wärme, Strom und Verkehr. Ergänzend liefert es Hinweise zu Spezialthemen wie der exergetischen Allokation bei Fernwärme oder dem Zusammenspiel von BSKO-Bilanz und kommunaler Wärmeplanung. Die neuste Auflage liefert die aktuellen Emissionsfaktoren von 1990 bis 2024.

Für Kommunen, die BSKO-Daten nutzen, um ihre Bilanz jährlich oder in größeren Intervallen fortzuschreiben, sind die aktuellen Faktoren die Basis für belastbare, vergleichbare Ergebnisse – ob für das Klimaschutzmonitoring, die Berichterstattung an Politik und Öffentlichkeit oder als Grundlage,

um Maßnahmen abzuleiten. Weil viele gängige Bilanzierungstools die BSKO-Werte direkt einbinden, profitieren Kommunen ohne großen Zusatzaufwand von der Aktualisierung.

Damit es nicht zu Missverständnissen bei der Deutung der Ergebnisse kommt, ergänzt die Agentur für kommunalen Klimaschutz das BSKO-Methodenpapier um eine begleitende „Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2024“. Sie erläutert kompakt auf sechs Seiten, welche externen Effekte, wie etwa Witterung oder der bundesweite Strommix, die Bilanz eines Jahres beeinflussen können, ohne dass lokale Klimaschutzanstrengungen die Ursache sind. Kommunen sollten diese Hilfestellung parallel zur Bewertung der eigenen Bilanz heranziehen: Sie hilft dabei, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sachlich zu kommunizieren und zwischen externen Effekten und eigenen Erfolgen zu unterscheiden – eine wichtige Grundlage für glaubwürdiges Klimaschutzmonitoring vor Ort.

Die Kombination der BSKO-Daten aus aktualisierten Emissionsfaktoren und der begleitenden Interpretationshilfe stärkt die methodische Qualität und unterstützt die Kommunikationsfähigkeit gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Gerade die klare Trennung zwischen externen Einflussfaktoren und tatsächlichen Klimaschutzerfolgen vor Ort ist entscheidend, um die kommunale Klimapolitik auf eine belastbare Datenbasis zu stellen.



Foto: Robert Poorten, stock.adobe.com



www.difu.de/19767



Dr. Nicole Rogge
+49 30 39001-298
rogge@difu.de

Sozialverträglicher Klimaschutz: Welche Rolle spielt der ÖPNV?

Der ÖPNV spielt für Menschen mit geringem Einkommen eine zentrale Rolle. Eine Difu-Studie zeigt, wo dennoch Nutzungshürden bestehen und wie Kommunen, Länder und Bund zu einer sozial ausgewogeneren Mobilität beitragen können.

Klimaschutz im Verkehr ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Herausforderung. Maßnahmen, die den Ausstoß von CO₂ verteuern, können Haushalte mit geringem Einkommen überproportional belasten. Entscheidend für einen sozialverträglichen Klimaschutz ist deshalb, ob attraktive und bezahlbare Alternativen zum eigenen Auto zur Verfügung stehen. Gerade in Großstädten kommt dabei dem öffentlichen Personennahverkehr eine zentrale Rolle zu.



Foto: Belus, stock.adobe.com

Besonders deutlich wird die soziale Dimension beim Blick auf die Kosten. Nach der MiD 2023 geben acht Prozent der Befragten an, aus Kostengründen auf Wege zu verzichten. Bei Menschen mit niedrigem ökonomischem Status sind es 16 Prozent, bei sehr niedrigem Status sogar 30 Prozent. Mobilität ist damit auch eine Frage finanzieller Möglichkeiten.

Sozialtickets können einen wichtigen Beitrag leisten, unterscheiden sich zwischen den Kommunen jedoch erheblich hinsichtlich Verfügbarkeit, Preis und Anspruchsvoraussetzungen. Neben der Erschwinglichkeit sind eine möglichst große räumliche Gültigkeit, flexible Ticketvarianten und ein einfacher Zugang entscheidend.

Die Untersuchung der kommunalen Praxis zeigt zugleich ein Spannungsfeld: Der ÖPNV wird von den Kommunen als wichtiges Instrument für soziale Teilhabe und sozialverträglichen Klimaschutz verstanden. Soziale Aspekte sind in der Verkehrsplanung jedoch häufig noch kein eigenständiger Prüfpunkt. Hinzu kommen begrenzte finanzielle und rechtliche Handlungsspielräume. Insbesondere Tarif- und Preisfragen können Kommunen oftmals nur eingeschränkt beeinflussen.

Die Difu-Publikation „Klimaschutz sozial verträglich gestalten“ geht der Frage nach, welche soziale Ausgleichsfunktion der ÖPNV für Menschen mit geringem Einkommen bereits heute übernimmt, wo Nutzungshürden bestehen und welche Handlungsmöglichkeiten Kommunen haben. Grundlage sind Auswertungen der Studie „Mobilität in Deutschland“ (MiD) 2023, eine Analyse kommunaler Planwerke sowie qualitative Interviews mit Akteur*innen aus ausgewählten Großstädten.

Die Ergebnisse zeigen: In Großstädten ist der ÖPNV für Menschen mit geringem Einkommen besonders wichtig und übernimmt bereits heute eine wesentliche soziale Ausgleichsfunktion. Gleichzeitig bestehen funktionale und finanzielle Hürden. Denn eine Haltestelle in der Nähe allein bedeutet noch nicht, dass wichtige Ziele gut erreichbar sind. Reisezeiten, Umstiege, die Anbindung peripherer Arbeitsorte und unterschiedliche Angebotsqualitäten innerhalb einer Stadt können die Nutzung erschweren.

Dennoch bestehen kommunale Handlungsmöglichkeiten. Dazu gehören eine stärkere sozialräumliche Differenzierung der Verkehrsplanung, die bessere Erreichbarkeit wichtiger Zielorte sowie eine engere Verzahnung von Verkehrs-, Sozial- und Stadtentwicklungspolitik. Gleichzeitig macht die Untersuchung deutlich, dass ein sozialverträglicher Klimaschutz im Verkehr nicht allein auf kommunaler Ebene erreicht werden kann.

Aus den Ergebnissen werden daher Handlungsempfehlungen für alle föderalen Ebenen abgeleitet: Kommunen sollten soziale Zielgruppen systematisch in der Verkehrsplanung mitdenken und ihre vorhandenen Gestaltungsspielräume nutzen. Die Länder sind unter anderem gefragt, Standards zu setzen, Mobilitätsarmut systematischer zu erfassen und Sozialtickets zu strukturieren. Auf Bundesebene braucht es eine soziale Flankierung der Klimapolitik und eine langfristige Stabilisierung des ÖPNV.



www.difu.de/19718



Victoria Reichow, M. Sc.
+49 30 39001-257
reichow@difu.de

Leerstand aktiv gestalten – Ergebnisse einer Kommunalbefragung

Was brauchen strukturschwache ländliche Kommunen, um Gebäudeleerstand effektiv zu bekämpfen? Vor allem: einfache, kostengünstige und unbürokratische Lösungen. Das zeigt eine Difu-Befragung zur Weiterentwicklung der Plattform „Potenzial Leerstand“.

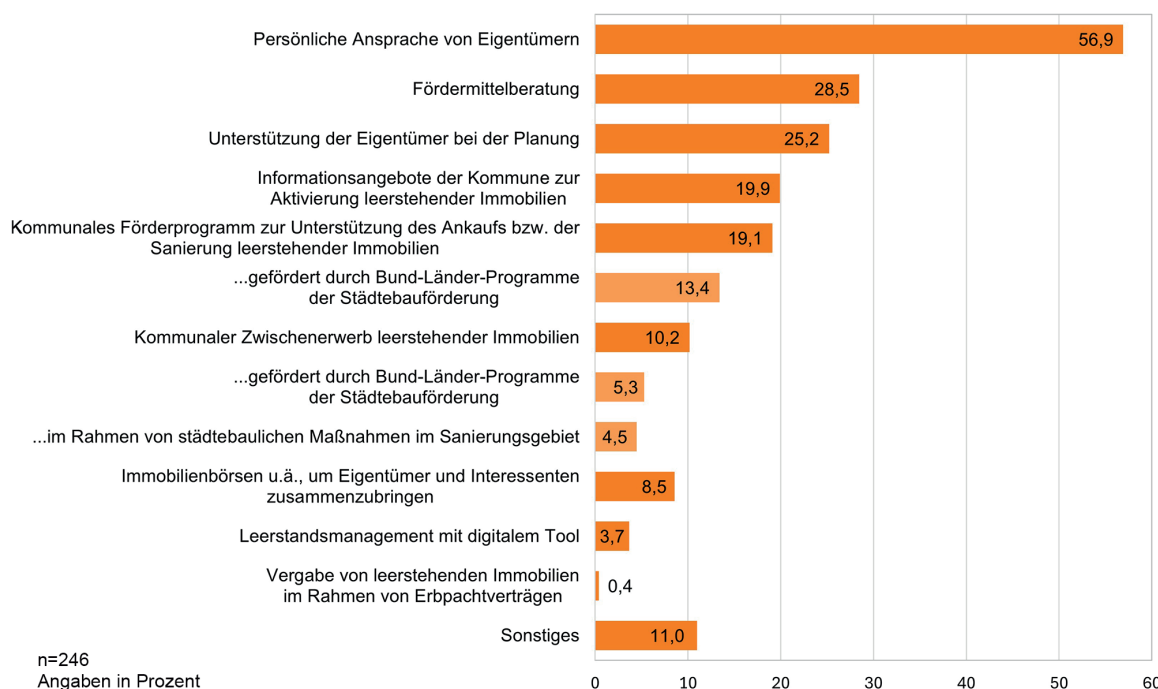
Um den praktischen Umgang mit Wohnungsleerstand in strukturschwachen ländlichen Regionen systematisch zu erfassen, führte das Deutsche Institut für Urbanistik im Sommer 2025 eine bundesweite Kommunalbefragung durch. Im Zuge der BBSR-Vorhabens zur Weiterentwicklung der Plattform „Potenzial Leerstand“ wurden insgesamt 123 Landkreise in strukturschwachen ländlichen Regionen gebeten, ihre kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Teilnahme an der Onlinebefragung „Leerstand aktivieren“ einzuladen. Kommunen aus 82 Landkreisen beteiligten sich an der Erhebung. Mit ihrem Fokus auf kommunale Handlungsansätze, bestehende Problemlagen und Unterstützungsbedarfe schließt die Befragung eine Datenlücke zur kommunalen Leerstandspraxis.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass Leerstand weiterhin zu den zentralen Herausforderungen vieler Städte und Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen zählt. Die Mehrheit der Kommunen sieht sich mit Aufgaben konfrontiert, die mit den vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen nur eingeschränkt bewältigt werden können. Defizite bestehen sowohl in den Kommunalverwaltungen und kommunalen

Wohnungsunternehmen als auch teilweise auf Seiten privater Eigentümerinnen und Eigentümer. In rund drei Viertel der befragten Kommunen fehlen kontinuierlich gepflegte, datengestützte Übersichten über leerstehende Gebäude sowie strategische Konzepte zu deren Aktivierung. Maßnahmen erfolgen daher überwiegend anlassbezogen und objektorientiert – insbesondere dann, wenn Fördermittel, Kooperationspartner oder weitere Unterstützungsangebote verfügbar sind. Gleichzeitig zeigen zahlreiche Praxisbeispiele, dass es vielen Kommunen trotz begrenzter Daten und knapper personeller Kapazitäten gelingt, Maßnahmen gegen Leerstand umzusetzen.

Die Befragung macht deutlich, dass Kommunen vor allem praxistaugliche und niedrigschwellige Unterstützungsangebote benötigen. Es braucht keine komplexen Datenbanksysteme oder aufwendige Förderregularien, sondern einfach anwendbare Instrumente, kostengünstige Lösungen und unbürokratische Verfahren. Besonders positiv bewertet werden Beratungsangebote auf Kreis- oder Regionalebene sowie der interkommunale Erfahrungsaustausch zwischen betroffenen Städten und Gemeinden.

Maßnahmen zur Aktivierung von Leerständen in den Städten und Gemeinden



www.t1p.de/vhg65

www.potenzial-leerstand.de



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock

+49 30 39001-189

bock@difu.de



„Moderne Stadtgeschichte“: Urbanität als soziale Praxis

Das aktuelle Heft der Zeitschrift „Moderne Stadtgeschichte“ (MSG) verbindet die in der Stadtethnologie etablierte Perspektive des „Doing City“ mit einer historischen Dimension und erweitert damit den Blick auf die Entstehung urbaner Lebenswelten.

Diese Ausgabe stellt eine ungewohnte Frage in den Mittelpunkt: Wie entsteht eigentlich das, was wir als „städtisches Leben“ erleben? Denn nicht Stadtplanung und Architektur allein prägen eine Stadt, sondern die Menschen, die in ihr wohnen, streiten, handeln und verhandeln. Ausgehend von dieser Prämisse untersuchen die Beiträge unter dem Begriff „Doing City“ – Stadt machen –, wie Urbanität an verschiedenen Orten durch das Tun und Reden der Stadtgesellschaft immer wieder neu hergestellt wird. Das Heft versammelt lokale Fallstudien aus Westdeutschland, die sich vor allem den 1960er bis 1980er Jahren widmen. Die sechs Beiträge beleuchten dabei das Thema an verschiedenen Orten und mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So können konkrete Herstellungsprozesse von Urbanität im Wandel der Zeit nachvollzogen werden.

Zunächst untersucht Katrin Minner, wie ein Sieger Stadtviertel nach 1945 von seiner nationalsozialistischen Vergangenheit gelöst werden konnte. Die Siedlung war in der NS-Zeit für Parteimitglieder und Industriearbeiter:innen gebaut worden; ihre Bewohnerschaft hielt auch nach Kriegsende an alten Strukturen fest. Minner zeigt, welche Mühe es kostete, ein demokratisches Selbstverständnis im Viertel durchzusetzen.

Im Beitrag von Stefan Zeppenfeld wird die Geschichte des Flohmarkts als Kulturimport aus Paris in der frühen Bundesrepublik erzählt. Als in Hamburg, Hannover und München in den 1960ern erste Flohmärkte veranstaltet wurden, wollte man sich ein Stück Pariser Großstadtflair aneignen – und zeigen, dass auch diese Städte lebendige, weltoffene Metropolen sein konnten. Der Flohmarkt sollte eine Performanz darstellen, veränderte aber auch Räume temporär und löste lokale Debatten über Nachbarschaft und Nutzung von Stadtraum aus.

Daniela Mysliwicz-Fleiß blickt auf Siegen und die Geschichte der sogenannten „Sieplatte“: Das 1968 errichtete Parkdeck überdeckte den namensgebenden Fluss der Stadt fast vollständig – und die Parkplätze galten als Zeichen moderner Urbanität. Vierzig Jahre später war die Stimmung eine ganz andere: Viele forderten den Abriss und

die Freilegung des Flusses. Dies spiegelt wider, dass Urbanität durch Wandel geprägt ist.

Tim Zumloh untersucht die Auseinandersetzung um ein Jugendzentrum in Gütersloh, das zwischen 1970 und 1973 hartnäckig von Jugendlichen gefordert wurde. Dies stellt eine Forderung nach Urbanität dar, die zu einer politischen Forderung wurde. Was als Wunsch nach einem Treffpunkt begann, wurde zu einem politischen Anspruch, als benachteiligte Gruppe in der Stadt gehört und ernst genommen zu werden.



Foto: Kirk Fisher, stock.adobe.com

Die Geräuschkulisse des nördlichen Dortmund der 1950er Jahre ist Ausgangspunkt für die Analyse von Ronny Grundig. Dünne Wände, Industrielärm, Motorräder – Klagen über Lärm drückten auch soziale Bewertungen aus und trugen dazu bei, den Stadtteil als rückständig und problematisch einzustufen. Grundig zeigt, wie sehr Klang die Wahrnehmung eines Stadtteils prägen kann.

Beate Löffler schließlich fragt, was passiert, wenn religiöse Minderheiten in einer Stadt sichtbar werden wollen – durch die Umnutzung von Kirchengebäuden oder den Bau neuer Gotteshäuser. Sie zeigt, wie solche Vorhaben Debatten darüber auslösen, wem der öffentliche Raum gehört. Die Stadt ist somit ein Raum, in dem Anerkennung und Teilhabe verhandelt werden.

Abschließend beschäftigt sich Thomas Finkemeier im Forum des Heftes mit dem Verhältnis von regionaler Identität und lokalem Heimatgefühl am Beispiel zivilgesellschaftlicher Geschichtsgruppen und der Industriekultur im Ruhrgebiet.



www.difu.de/19733



PD Dr. Christoph Lorke
christoph.lorke@lwl.org

Green Budgeting?

Begriffe aus der kommunalen Szene, einfach erklärt.

Green Budgeting bezeichnet einen Ansatz der öffentlichen Haushaltsplanung, bei dem staatliche Ausgaben und Einnahmen systematisch auf ihre Klima- und Umweltwirkung hin geprüft werden. Ziel ist es, Budgets so zu gestalten, dass sie ökologische Nachhaltigkeitsziele – etwa Klimaschutz oder Biodiversität – aktiv fördern, statt ihnen entgegenzuwirken. Dazu werden einzelne Haushaltsposten klassifiziert: als klimafreundlich, klimaschädlich oder neutral. So wird sichtbar, wie „grün“ ein Haushalt tatsächlich ist und Politik kann gezielt nachsteuern. In Deutschland, Frankreich und der EU werden Formen von Green Budgeting bereits eingesetzt, um beispielsweise Subventionen zu überprüfen und Investitionen stärker an Nachhaltigkeitszielen und -kriterien auszurichten.

„Green Budgeting macht Kosten und Nutzen für Klimaschutz und -anpassung in öffentlichen Haushalten sichtbar – Nachhaltigkeit wird somit vom zusätzlichen Kennzahlenset zum Gegenstand der Finanzpolitik.“

Im städtischen Haushalt laufen die Fäden aller kommunalen Vorhaben zusammen – vom Straßenbau über die Schulsanierung bis zur Grünflächenpflege. Jede dieser Entscheidungen hat finanzielle Anforderungen und ökologische Auswirkungen, die sich im Budget widerspiegeln. Gerade deshalb ist der Haushalt ein wirkmächtiges Instrument, um Klimaschutz und Klimaanpassung nicht nur einzelnen Projekten, sondern dem gesamten Handeln einer Kommune zugrunde zu legen.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Kreislaufstadt – Chancen für Resilienz und Wertschöpfung

Ergebnisse aus der Difu-Gemeinschaftsstudie
und Leitfaden für Kommunen

S. Wagner-Endres, O. Peters, H. Gieseler,
V. Liedloff, M. Munzert, H. Scheller
2025, Bd. 20, 244 S., nur online

➔ www.difu.de/19175

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und
Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, 168 S., zahlreiche Abb., Print 34 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-680-3

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen

Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-643-8

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in

Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 S., kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale,
institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.),

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte Auflage. Mit Berücksichti-
gung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., Print 39 €,

Download kostenlos

ISBN 978-3-88118-508-0

➔ www.difu.de/9002

Difu Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter
Berücksichtigung des Baulandmobilisierungs-
gesetzes

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., Print 39 €

ISBN 978-3-88118-682-7, eBook 33,99 €

➔ www.difu.de/17149

Difu Impulse

Planspiel zur BauGB-Novelle 2026 **NEU**

D. Coulmas, M. Krusenotto, P. Lau, D. Michalski,
F. Steinbach, W.-C. Strauss

Bd. 9/2026, ca. 100 S., nur online,

in Vorbereitung

➔ www.difu.de/publikationen

Green Budgeting: Ein nachhaltiger Haus- halt für Leipzig **NEU**

Fabio Botta, Katharina-Sophie Dziurla, Mario

Hesse, Lydie Laforet, Sabine Rocktäschel,

Stefan Schneider

Bd. 8/2026, ca. 140 S., nur online,

in Vorbereitung

➔ www.difu.de/publikationen

Datengrundlagen für die regionale und kommunale Klimaanpassung **NEU**

Neue Informations- und Analyseinstrumente für
die räumliche Planung am Beispiel der Region
Stuttgart

Moritz Frese, Mascha Overath u.a.

Bd. 7/2026, 75 S., nur online

➔ www.difu.de/19820

Vom Tagging zum Analysing: Beiträge zu den SDGs im Haushalt sichtbar machen

NEU

O. Peters, F. Koch, N. Abraha, D. Lumme

Bd. 6/2026, 33 S., nur online

➔ www.difu.de/19839

Klimaschutz sozial verträglich gestalten

Ansatzpunkte für eine Stärkung der sozialen
Ausgleichsfunktion des ÖPNV in Großstädten

Bd. 5/2026, 47 S., nur online

➔ www.difu.de/19718

Kommunale Wirtschaftsförderung 2025

Ergebnisse der aktuellen Difu-Umfrage

Sandra Wagner-Endres

Bd. 4/2026, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/19641

Haltstellenumfelder aus Nutzenden- perspektive: mehr als nur ein-, um- und aussteigen

Ergebnisse aus dem EU-Projekt EASIER

Jan-Philipp Mesenbrock, Heike Marquart

Bd. 3/2026, 28 S., nur online

➔ www.difu.de/19756

Wege in die Wohnungsversorgung von Geflüchteten: Kommunale Ansätze und Erfahrungen

Beate Hollbach-Grömig, Bettina Reimann

Bd. 2/2026, 63 S., nur online

➔ www.difu.de/19447

Kommunale Resilienz in Langzeitkrisen

Praxisbeispiele aus deutschen Kommunen

Lawrence Schätzle

Bd. 1/2026, 72 S., nur online

➔ www.difu.de/19609

Hitzeaktionspläne in der kommunalen Praxis

Moritz Ochsmann

Bd. 3/2025, 61 S., nur online

➔ www.difu.de/19032

Difu Policy Papers

Impact Investing in der Finanzwirtschaft und wirkungsorientiertes Investieren in Kommunen **NEU**

Vergleich, wechselseitige Anschlussfähigkeiten
und potenzielle Synergien

Henrik Scheller, Eric Prüßner, Markus Duscha

2026, 31 S., nur online

➔ www.difu.de/19793

Weniger bringt mehr: Suffizienz im kom- munalen Klima- und Ressourcenschutz

Marco Peters, Maic Verbücheln

2026, 23 S., nur online

➔ www.difu.de/19492

ÖPNV-Finanzierung langfristig sicher- stellen – wer zahlt?

Ein Debattenbeitrag

Alexandra Bensler, Oliver Mietzsch, Lisa Ruhrort

2026, 17 S., nur online

➔ www.difu.de/19450

Kreislaufstadt

Kommunale Kreislaufwirtschaft strategisch
und gemeinschaftlich umsetzen

Sandra Wagner-Endres u.a.

2025, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/19255

Krisenmanagement als kommunale Daueraufgabe?

Lawrence Schätzle, Jan Hendrik Trapp

2025, Bd. 7, 33 S., nur online

➔ www.difu.de/19162

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-127, Mail: vertrieb@difu.de

Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos.

Sonderveröffentlichungen

Kommunale Kooperationen für die Energiewende – Herausforderungen und Chancen **NEU**

Arbeitskreis Kommunalen Klimaschutz und Difu (Hrsg.)

2026, 13 S., nur online

➔ www.difu.de/19819

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel **NEU**

Konzeptionelle Ansätze des Strukturwandels und Herausforderungen für sozial-ökologische Transformationen in den drei Braunkohlerevieren J. H. Trapp, R. Riechel u.a. (UBA Hrsg.)

2026, 182 S., nur online

➔ www.difu.de/19799

Urban Sustainability and the Governance of Heterogeneous Energy Systems **NEU**

J. Monstadt, K. Otsuki, S. Smith (Hrsg.)

Journal „Sustainability Science“, Special Issue

➔ www.difu.de/19794

BISKO Bilanzierungssystematik

Kommunal **NEU**

Methoden und Daten für die kommunale Energie- und Treibhausgasbilanzierung, 7. Aufl.

Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)

2026, 38 S., nur online

➔ www.difu.de/19767

Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2024 **NEU**

Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu (Hrsg.)

2026, 6 S., nur online

➔ www.difu.de/19768

Jahresrückblick 2025

Difu (Hrsg.)

2026, 28 S., online und print

➔ www.difu.de/19766

KfW-Kommunalpanel 2026

C. Raffer, H. Scheller, N. Schmelmer, M. Borghorst-Dilangu, Stefanie Brilon, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2026, 43 S., nur online

➔ www.difu.de/19701

Regulative Baukultur

Potenziale des Bau- und Vergaberechts für die Qualität des gestalteten Raumes

M. Krusenotto, D. Michalski, W.-C. Strauss,

S. Tomerius, BBSR (Hrsg.)

2026, 106 S., nur online

➔ www.difu.de/19702

OB-Barometer 2026

Difu (Hrsg.), J. Monstadt, B. Hollbach-Grömig 2026, 4 S., online und print

➔ www.difu.de/19697

Indirekte regionalwirtschaftliche Effekte der Smart City

Wie digitale Lösungen Wirtschaftsstandorte stärken

Sandra Wagner-Endres u.a., BBSR (Hrsg.)

2026, 54 S., nur online

➔ www.difu.de/19653

Das Gesamtdeutsche Fördersystem im Spiegel einer ökologisch nachhaltigen, vorausschauenden und transformativen Strukturpolitik

Zwischenbericht

Henrik Scheller, Christian Raffer u.a., UBA (Hrsg.)

2026, 250 S., nur online

➔ www.difu.de/19652

+Memorandum – Wissenschaftsnetzwerk Smart City

Diskussionspapier zur Konferenz „IPSC – Interdisziplinäre Perspektiven auf die Smart City“ am 21. und 22. Mai 2026 in Kaiserslautern

Difu u.a. (Hrsg.)

2026, 8 S., nur online

➔ www.difu.de/19643

Flächenverbrauch reduzieren: Vorschläge für Maßnahmen zum Flächensparen Impulse aus dem Bund-Länder-Dialog Fläche

Thomas Preuß, Robert Böhnke u.a., UBA (Hrsg.)

2026, 40 S., nur online

➔ www.difu.de/19621

Kommunaler Klimaschutz – Ansätze für eine effiziente, wirkungsorientierte und bürokratiearme Förderung im bestehenden System

Henrik Scheller, Christian Raffer

2026, 47 S., nur online

➔ www.difu.de/19552

Stadtlabore, Makerspaces und Digitalwerkstätten

Mit Ankerorten des digitalen Wandels smarte Städte und Regionen gestalten

Jan Abt, BBSR (Hrsg.)

2026, 76 S., online und Print

➔ www.difu.de/19527

On-Demand-Verkehr: Bekannt machen. Begeistern. Etablieren

Praxisleitfaden für die Fahrgastkommunikation in Kommunen

Lothar Gröschel, Alexandra Bensler

2026, 23 S., nur online

➔ www.difu.de/19513

Urbane digitale Zwillinge in der Wärmeplanung

Potenziale und Rahmenbedingungen für den Einsatz in Kommunen

Lisa Dreier, Robert Riechel u.a.

2026, 56 S., online und Print

➔ www.difu.de/19472

Was Menschen bewegt – Anreize für nachhaltige Mobilität

Verhalten verstehen, wirksame Anreize setzen

M. Münsch, O. Lell, L. Sönksen, A. Klein-Hitpaß, UBA (Hrsg.)

2025, 51 S., nur online

➔ www.difu.de/19373

Kommunale Grundfinanzierung

Für starke Kommunen und gerechte Lebensverhältnisse

Christian Raffer, Henrik Scheller

2025, 48 S., nur online

➔ www.difu.de/19296

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. 4. Auflage

Oliver Peters, Johanna Neu

2025, 89 S., nur online

➔ www.difu.de/19199

Zukunftsfähige Kommunen

Lösungen für Städte, Gemeinden und Regionen im Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahmen „Kommunen innovativ“ und „REGION. innovativ – Kreislaufwirtschaft“

J. Abt, L. Blecken, S. Bock, J. Burgold, J. Diringer, K. Fahrenkrug, W.-C. Strauss

2025, 572 S., nur online

➔ www.difu.de/19160

Nach der Flutkatastrophe: Chance für Veränderung

Ein Praxisleitfaden mit Strategien und Beispielen für Kommunen

Daniela Michalski u.a.

2025, 65 S., online und print

➔ www.difu.de/18902

Zeitschrift

„Doing City“ – Praktiken von Urbanität

Moderne Stadtgeschichte **NEU**

MSG, Heft 1/2026, 139 S., nur online

➔ www.difu.de/19733

Stadt, Klima, Saisonalität

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2025, 128 S., nur online

➔ www.difu.de/19408



Foto: Marcus Sielaff, Difu

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungs- und Fortbildungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, bildet fort, moderiert den wichtigen kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet vielfältige Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind daher seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungsbeschäftigte und Ratsmitglieder aus Difu-Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Fortbildung in der eigenen Kommune, beim Difu in Berlin oder online: Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Die praxisorientierten „Difu-Seminare“ in Berlin sind oft schnell ausgebucht. Difu-Zuwander profitieren von den günstigen Zuwendertarifen für Präsenzseminare. Alle „Difu-Web-Seminare“ sind für Zuwander sogar kostenfrei! Zudem bietet das Difu den Zuwendern exklusiv und kostenfrei individuelle „Online-Impulsvorträge“ mit anschließendem Austausch/Diskussion – vom Difu moderiert. Kommunen wählen ihr Thema, das Difu kommt digital ins Rathaus.

➔ ★ www.difu.de/17143

➔ www.difu.de/12805

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und Lösungswege vergleichbarer Städte kennenzulernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander. Zum Beispiel beim Jahrestreffen in Berlin, zu dem das Institut seine Zuwander jährlich einlädt.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu als Fallstudienstädte im Rahmen von Studien bevorzugt ausgewählt. Auch im Fall von Kostenbeteiligungen an Studien sind diese für Zuwander meist günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren damit unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand – zugeschnitten auf die eigene Stadt.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, Digitale Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet-login

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten sämtliche Difu-Publikationen kostenfrei. Das Difu bietet nahezu alle Publikationen digital an. PDFs können direkt im Inter- oder Extranet heruntergeladen werden. Neue Publikationen werden im Difu-Newsletter veröffentlicht.

➔ www.difu.de/publikationen

Zugang in die Difu-Literaturdatenbank

Die Online-Recherche in der Difu-Literaturdatenbank ist kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Dieses Repository ist der Publikationsserver des Difu. Es enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext. Alle Difu-Publikationen werden hier erfasst und stehen meist auch online bereit.

➔ <https://repository.difu.de>

Weitere Infos zum Beitritt und über Vorteile für Zuwander bietet die Difu-Website

➔ www.difu.de/12914

➔ +49 30 39001-208



Miriam Leich

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
leich@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Publikationen
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Wissensmanagement und Fortbildung
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) gGmbH
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Geschäftsführung:

Prof. Dr. Jochen Monstadt,
Katherine Kaplan, LL.M.

Gesellschafter:

Verein für Kommunalwissenschaften e. V.
Amtsgericht Charlottenburg, HRB 114959 B
Umsatzsteuer-ID: DE 261590461

Text- und Bildredaktion

Miriam Leich (V.i.S.d.P.) mit
Stefanie Beiersdorf, Vera Gutofski,
Martin Hofer, Elisa Voß, Nick Weigel

Layout und Bildbearbeitung

Vera Gutofski

Gestaltungskonzept

3pc, Neue Kommunikation GmbH

Fotos

Coverbild:

lightpoet, stock.adobe.com

Großbilder:

Seite 14: Jana, stock.adobe.com

Seite 16: Maria, stock.adobe.com

Seite 26: sergejson, stock.adobe.com

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler

Difu-Pressestelle

Tel. +49 30 39001-208

pressestelle@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise

Jahrgang 52/vierteljährlich

ISSN 1439-6343

Stand: 8.10.2026

Nutzung der Beiträge

Frei, bei Nennung der Quelle. Beispiel: „aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 3/2026“.

Info an pressestelle@difu.de erbten.

Druck

Spree Druck GmbH

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.



Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Webseite & Projektwebseiten

Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung und -Veröffentlichungen sind auf der Difu-Webseite zu finden – und auch auf den Projekt-Webseiten, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt:

➔ www.difu.de

➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online

Mit dem Difu-Magazin informiert das Institut vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, neue Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die „Berichte“ erscheinen kostenfrei als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von Kosten entlasten. Der Wechsel ist leicht:

1.) Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen (s. u.). 2.) Mail an pressestelle@difu.de schicken und mitteilen, welche Postadresse wir löschen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten E-Abonnent:innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.

➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)

➔ www.difu.de/taxonomy/term/471 (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“

Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über ausgewählte, neue Inhalte auf der Difu-Webseite.

➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

Die Difu-Publikationen stehen überwiegend kostenfrei zum Download auf der Difu-Webseite zur Verfügung. Einige können als Print-Exemplar käuflich erworben werden (für Zuwender sind diese grundsätzlich kostenfrei).

➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsserie

Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ online/hybrid an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema befasst.

➔ www.difu.de/taxonomy/term/2114

Social-Media-Kanäle

Über LinkedIn, Bluesky und Facebook kommuniziert das Difu aktuelle Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie Vorträge und Medienbeiträge von Difu-Wissenschaftler:innen können auf Youtube nachgesehen und nachgehört werden:

➔ https://de.linkedin.com/company/difu

➔ www.facebook.com/difu.de

➔ https://bsky.app/profile/difu.de

➔ www.youtube.com/@difu

Presseverteiler

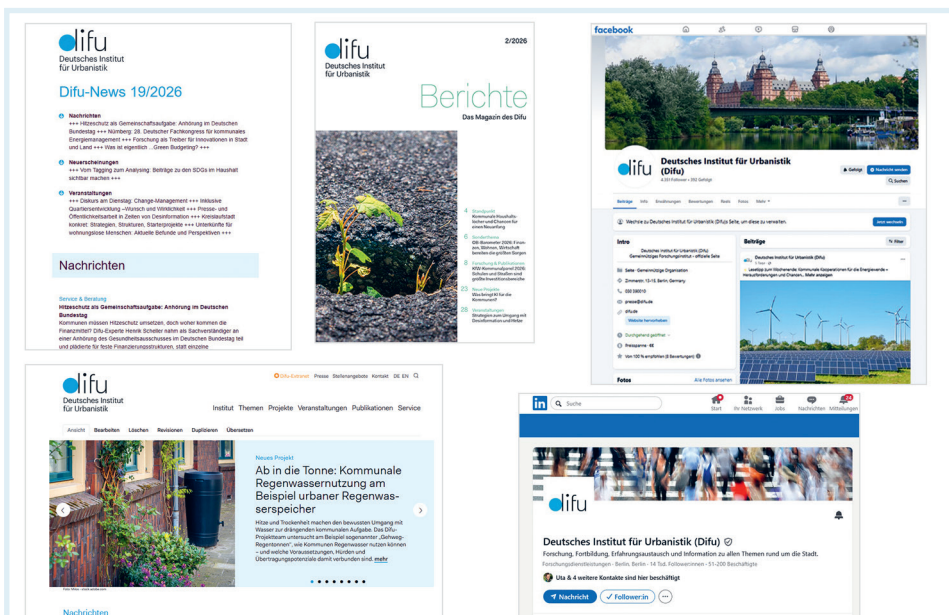
Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.

➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds

Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten und Ausschreibungen informieren über neue Inhalte auf der Webseite.

➔ www.difu.de/15162



Wärmeplanung umsetzen

Das Difu untersucht den Beitrag des Städtebaurechts für die Umsetzung der Wärmeplanung in Bestandsquartieren.

Wärmeplanung umsetzen



www.difu.de/19640



Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

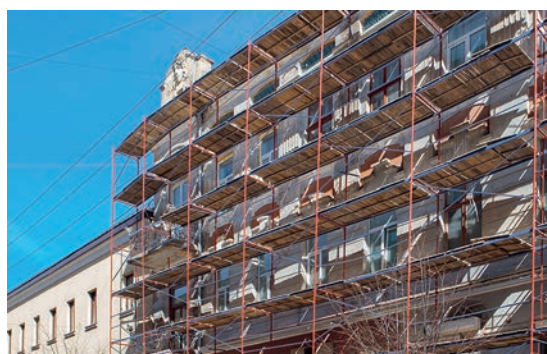


Foto: volody10, stock.adobe.com

Für die erfolgreiche Umsetzung der Wärmewende müssen Gebäude energetisch saniert und die Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umgestellt werden. In Bestandsquartieren gibt es dafür besonders viele Voraussetzungen. Es braucht konkrete Umsetzungspläne, zeitlich und technologisch aufeinander abgestimmte Investitionsentscheidungen und gesellschaftliche Akzeptanz.

Das Forschungsprojekt unterstützt kommunale Akteure, Energieversorger und Gebäudeeigentümer:innen vor Ort bei diesen Aufgaben. Anhand zweier Quartiere in den Städten Bremen und Freiburg geht das Forschungsteam der Frage nach, inwiefern bestehende Eingriffs- und Steuerungsmöglichkeiten städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen nach dem BauGB einen Beitrag zur Beschleunigung der Wärmewende in Bestandsquartieren leisten können. Entwickelt werden geeignete technische Werkzeuge, wirtschaftliche Anreize und Beteiligungsformate, die am Bedarf der relevanten Akteursgruppen in den Quartieren orientiert und auf weitere Quartiere mit städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen übertragbar sind. Konkret sind dies zum Beispiel Energieberatungen und die Erhebung von Energiedaten für ausgewählte Gebäude, Sanierungspläne mit energetischen Kennzahlen oder Wirtschaftlichkeitsanalysen mit Kennzahlen zu Kosten, Nutzen und Förderbedarfen. Die Arbeitsschwerpunkte des Difu liegen neben der Projektkoordination vorwiegend im rechtlich-planerischen Bereich. Erarbeitet werden ein Gutachten über die wechselseitigen Bezüge zwischen Wärmeplanungsgesetz und Sanierungsrecht sowie ein konzeptionelles Gerüst der Wärme-Fachkonzepte. Für die Kommunen entsteht zudem ein Reflexionsnetzwerk zum Erfahrungsaustausch und zum Wissenstransfer.

Umsetzungslabor Bau-Turbo



www.difu.de/19656



Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Umsetzungslabor Bau-Turbo

Vertiefung der Zusammenarbeit mit acht Modellkommunen und Ausweitung der Formate des Erfahrungstransfers.



Foto: Monster Zudio, stock.adobe.com

Seit Ende Oktober 2025 ist der sogenannte Bau-Turbo, das Bundesgesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung, in Kraft. Durch die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen soll der Bau von bezahlbaren Wohnungen schneller und günstiger möglich werden. Die Planungshoheit der Kommunen bleibt gewahrt, denn jedes Vorhaben erfordert eine gemeindliche Zustimmung.

Das Projekt wird gemeinsam vom Difu in Kooperation mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. – und Forward Planung und Forschung bearbeitet. Im Mittelpunkt steht die Frage, welchen Beitrag der Bau-Turbo zu einer spürbaren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau leisten kann.

Die neuen Regelungen des Bau-Turbos stellen Kommunen in der Umsetzung vor fachliche, organisatorische und rechtliche Herausforderungen. Sie müssen ihre bestehenden Planungs-, Entscheidungs- und Beteiligungsprozesse mit Blick auf die veränderten Spielräume und Spielregeln überprüfen sowie Anforderungen an die städtebauliche Qualität, Klimaschutz, soziale Ausgewogenheit berücksichtigen.

Auf Grundlage der Erfahrungen aus acht ausgewählten Modellvorhaben, Dialogveranstaltungen und wissenschaftlichen Analysen werden sowohl kurzfristige, praxisnahe Hilfestellungen für Kommunen erarbeitet als auch langfristig Grundlagen für die Evaluation und Weiterentwicklung des Bauplanungsrechts gelegt.

Kommunale Brücken

Welche nichtmonetären Hemmnisse führen dazu, dass Sanierungsmaßnahmen aufgeschoben werden?

Kommunale Brücken



www.difu.de/19752



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de



Foto: Margitta, stock.adobe.com

Brücken sind sensible Verkehrsbauwerke. Sie verbinden Menschen, verkürzen Fahrzeiten und ermöglichen einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss ohne Umwege oder Wartezeiten. Damit leisten sie einen Beitrag zur Hebung von wirtschaftlichen Standortvorteilen, reduzieren großflächige Eingriffe in den Naturraum und erhöhen die Verkehrssicherheit. In den vergangenen Jahrzehnten häufen sich jedoch Brückensperrungen in deutschen Kommunen aufgrund unterlassener Instandhaltungsmaßnahmen. Die Folgen: wirtschaftliche Schäden und zusätzliche Treibhausgasemissionen durch Stau und Umwege.

Im Auftrag des ADAC Deutschland untersucht das Difu-Projektteam, welche nichtmonetären Faktoren die Sanierung kommunaler Brücken ausbremsen. Dahinter steht die hinreichend belegte Annahme, dass Investitions- und Sanierungsmaßnahmen in Kommunen nicht nur aufgrund der chronisch angespannten Haushaltslage aufgeschoben werden. Vielmehr sind es auch der Personalmangel in den Fachverwaltungen, konfligierende Rechtsstandards sowie die gesetzlich vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung einschließlich Klage- und Mediationsverfahren, die solche Sanierungen ausbremsen. Die Studie soll mit Hilfe eines Methoden-Mixes die nichtmonetären Investitionshemmnisse im kommunalen Brückenwesen systematisch aufarbeiten, Best-Practice-Ansätze gelungener Sanierungsmaßnahmen, -verfahren und (digitaler) Instrumente ermitteln und politische Handlungsempfehlungen im Sinne von Unterstützungsangeboten für Kommunen, Länder und gegebenenfalls auch den Bund formulieren.

Umverteilung von Verkehrsflächen



www.difu.de/19446



Levke Sönksen, M. Sc.
+49 30 39001-174
soenksen@difu.de

Umverteilung von Verkehrsflächen

Rechtssichere Anwendung der StVO-Novelle 2024 für Maßnahmen zur Förderung des nachhaltigen Verkehrs.



Foto: Vera Gutofski, Difu

Ob Fahrspuren oder ruhender Verkehr – der öffentliche Straßenraum ist überwiegend durch private Pkw belegt. Dadurch bleiben oft wenig Flächen für den Umweltverbund, urbanes Grün, Aufenthalt und soziale Interaktion, was die aktive Mobilität, die Attraktivität des öffentlichen Raums und Möglichkeiten der Klimaanpassung einschränkt. Um für diese unterschiedlichen Funktionen Platz zu schaffen, müssen Kommunen Entscheidungen über die Verteilung des Straßenraums treffen. Den Rahmen hierfür bildet das Straßenverkehrsrecht. Mit der Novelle im Jahr 2024 wurden die Möglichkeiten zur Umgestaltung des Straßenraums erweitert, indem Ziele des Umwelt-, Klima- und Gesundheitsschutzes sowie der städtebaulichen Entwicklung gleichwertig einbezogen werden dürfen. Es gilt nun, den neuen Handlungsspielraum in der kommunalen Praxis anzuwenden.

Ziel des Forschungsprojekts ist es, die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Maßnahmen zur Straßenraumumverteilung praxisnah aufzubereiten. In Fachworkshops, Planspielen und durch Praxisleitfäden werden kommunale Akteure dabei unterstützt, den neuen Handlungsspielraum rechtssicher und strategisch anzuwenden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Einrichtung von Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur, Schulstraßen, Sonderfahrstreifen, Flächen für blau-grüne Infrastruktur und die Einführung bzw. Ausweitung von Parkraummanagement. Es werden Umsetzungsoptionen und Skalierungsmöglichkeiten dieser Maßnahmen aufgezeigt. Anhand kommunaler Praxisbeispiele wird schlussendlich die konkrete Anwendung der novellierten StVO nachvollzogen und ausgewertet.

Adaptation Hubs

Dialog mit der Wirtschaft stärken:
EU-Initiative zum Aufbau von 27 nationalen
Klimaanpassungszentren.

Adaptation Hubs



www.difu.de/19737



Dr.
Andrea Fischer-Hotzel
+49 221 340308-21
fischer-hotzel@difu.de



Foto: Rawpixel.com, stock.adobe.com

AdaptationHubs ist eine von der EU finanzierte Initiative im Rahmen der EU-Mission zur Anpassung an den Klimawandel. Ziel des Projekts ist der Aufbau von 27 nationalen Anpassungszentren in Europa.

Deutschland verfügt bereits über einen etablierten und gesetzlich verankerten Governance-Rahmen für die Klimaanpassung, der auf langjährigen politischen Prozessen basiert und durch eine starke wissenschaftliche Expertise unterstützt wird. Die Grundlage bildet die Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel 2024 (DAS 2024).

Die Steuerung erfolgt über formalisierte interministerielle Strukturen unter Federführung des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUKN), insbesondere durch die interministerielle Arbeitsgruppe „Anpassung“. Die wissenschaftliche, technische und methodische Unterstützung der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Anpassungsstrategie übernimmt das Kompetenzzentrum für Klimaauswirkungen und Anpassung (KomPass) im Umweltbundesamt (UBA).

Für die Weiterentwicklung der DAS 2024 soll insbesondere der Dialog mit der Wirtschaft ausgebaut werden. Ziel ist es, Bedarfe der Unternehmen systematisch zu erfassen, den Austausch über bestehende und innovative Anpassungslösungen zu fördern und Wirtschaft, Wissenschaft und Politik stärker miteinander zu vernetzen. Ergänzend unterstützt das Zentrum KlimaAnpassung (ZKA) beim Difu den Wissenstransfer, die Einbindung relevanter Akteure sowie die Öffentlichkeitsarbeit mit besonderem Fokus auf Länder, Kommunen und Fachakteure.

Regenwasser – ab in die Tonne



www.difu.de/19693



Betül Türkeri, M. A.
+49 30 39001-335
tuerkeri@difu.de

Regenwasser – ab in die Tonne

Voraussetzungen, Hürden und Potenziale einer strategischen kommunalen Regenwassernutzung.



Foto: Milos, stock.adobe.com

Angesichts zunehmender Hitzeperioden und längerer Trockenphasen gewinnt die effiziente Nutzung von Wasser an Bedeutung. Viele Kommunen sehen für die kommenden Jahre einen hohen Handlungsbedarf bei Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft. Regenwasser ist dabei eine bislang kaum genutzte, kostenfreie Ressource: Vor Ort gespeichert, kann es Grünflächen und Stadtbäume bewässern, die Stadt kühlen oder in Gebäuden verwendet werden. Öffentliche Regenwasserspeicher wie sogenannte „Gehweg-Regen-tonnen“ sind sichtbare Bausteine auf dem Weg zur Schwammstadt. Trotz vorhandener Konzepte bleibt das Potenzial dezentraler Regenwasserspeicher vielerorts hinter den Möglichkeiten zurück. Ihre breite Umsetzung hängt dabei nicht allein von Technik und Finanzierung ab, sondern berührt ebenso organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie Fragen der kommunalen Steuerung. Vor diesem Hintergrund untersucht dieses Difu-Eigenmittelprojekt, welche organisatorischen, rechtlichen, finanziellen und technischen Voraussetzungen Kommunen schaffen können, um Regenwasser strategisch zu nutzen.

Untersucht wird die Rolle öffentlicher Regenwasserspeicher in kommunalen Klimaanpassungs- und Wasserstrategien und welche Ansätze sich auf andere Städte übertragen lassen. Daraus werden konkrete Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis abgeleitet. Methodisch kombiniert das Vorhaben eine Literatur- und Dokumentenanalyse, die Identifizierung kommunaler Vorreiter, vertiefende Interviews mit Akteur:innen aus der Praxis sowie ein Fokusgruppengespräch. Die Ergebnisse werden zu übertragbaren Empfehlungen zusammengeführt.

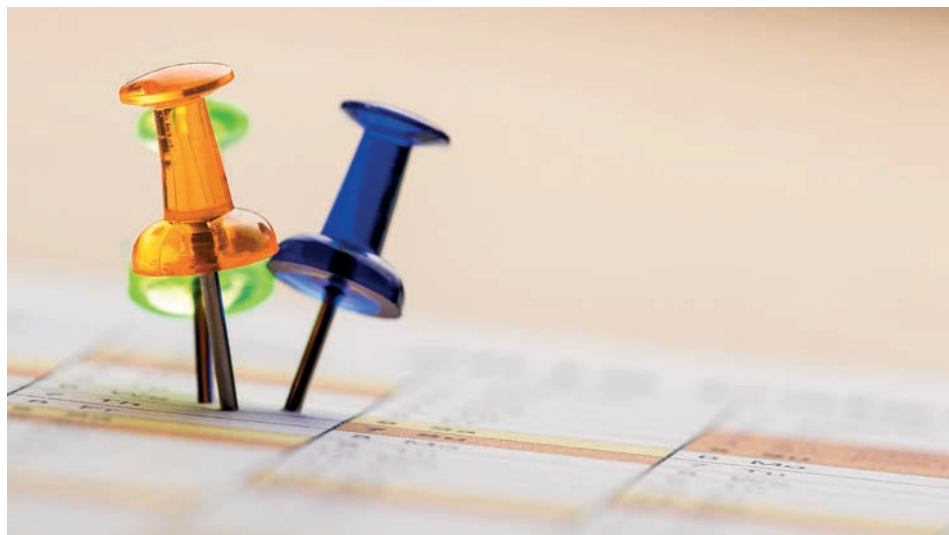


Foto: itan1409, stock.adobe.com

Aus der Forschung in die Praxis

Difu-Fortbildungen verknüpfen das Wissen aus praxisorientierten Forschungsprojekten mit intensivem Erfahrungsaustausch. Damit bieten die Difu-Veranstaltungen eine hervorragende Mischung aus aktuellem fachlichen Input aus der Wissenschaft sowie aus Erfahrungen und Einblicken in die kommunale Praxis.

Das Difu bietet jährlich eine Vielzahl von Veranstaltungen zu kommunal relevanten Themen an, mit denen sich Kommunen auseinandersetzen. Ein Blick auf die Difu-Website lohnt sich: Hier sind stets alle aktuellen Veranstaltungsangebote zu finden – von Difu-Seminaren in Präsenz oder online bis hin zu Veranstaltungen, die im Rahmen von Forschungs- und Wissenstransferprojekten angeboten werden. Der E-Mail-Newsletter des Difu „Difu-News“ und die Difu-Social-Media-Kanäle auf LinkedIn, Facebook und Bluesky informieren regelmäßig über Veranstaltungen, neue Projekte, Publikationen und Forschungsergebnisse. Auch über die Möglichkeit zur Beteiligung an Forschungsprojekten wird informiert.

Difu-Zuwender genießen besondere Vorteile, u. a.:

- alle Difu-WebSeminare sind für sie kostenfrei
- Sondertarife bei Difu-Präsenzseminaren
- exklusiv vom Difu moderierte Inhouse-Formate wie die „Difu-Impulsvorträge“

Darüber hinaus sind viele Veranstaltungen, die im Rahmen geförderter Projekte stattfinden, sehr kostengünstig oder kostenfrei zugänglich.

Wir freuen uns auf den Austausch!

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
Leiterin Wissensmanagement und Fortbildung
+493939001-297
wolf@difu.de

Am 14. Oktober startet die neue Reihe der Difu-Dialoge

Im Winterhalbjahr lädt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wieder zu sechs kostenfreien Online-Veranstaltungen ein. Die Difu-Dialoge greifen hochaktuelle und praxisrelevante Themen für Kommunen auf und richten sich an die allgemeine Fachöffentlichkeit aus Verwaltung, Politik, Forschung und Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus dem Difu-Netzwerk werden aktuelle Fragestellungen und Ergebnisse der praxisorientierten Difu-Forschung vorgestellt und diskutiert. Die Veranstaltungen bieten Raum für den breiten Austausch zur Zukunft der Städte. Wir freuen uns über ein breites Interesse. Den Auftakt bildet der Dialog „Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung: Rettungsanker fürs kommunale Klima?“ am 14. Oktober.

Weitere Difu-Dialoge hier auf den Seiten und unter: ➔ www.difu.de/taxonomy/term/2114

Veranstaltungsvorschau Auszug 2. Halbjahr 2026

Kommunale Integrationspolitik gestalten

Difu-Seminar
12.–13. Oktober 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19559

Gemeinschaftsaufgabe „Klimaanpassung“: Rettungsanker fürs kommunale Klima?

Difu-Dialog
14. Oktober 2026, online
➔ www.difu.de/19804

Regionale Hitzeaktionsplanung

Difu-Seminar
15. Oktober 2026, online
➔ www.difu.de/19433

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Zeiten von Desinformation

Difu-Seminar
2.–3. November 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19560

KlimaMandat – Schulung für kommunale Ratsmitglieder

Klimaschutz und Klimaanpassung
3. November 2026, online
➔ www.difu.de/19774

6. Kommunalen Fachaustausch im Umsetzungslabor Bau-Turbo

3. November 2026, online
➔ www.difu.de/19832

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune: Interkommunale Unternehmen für die regionale Energiewende

Klimaschutz und Klimaanpassung
5. November 2026, online
➔ www.difu.de/19797

KI in der kommunalen Verkehrsplanung

Difu-Seminar
5. November 2026, online
➔ www.difu.de/19815

Kommunale Klimakonferenz 2026

Klimaschutz und Klimaanpassung
10.–11. November 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19753

Kreislaufstadt konkret: Strategien, Strukturen, Starterprojekte

Difu-Seminar
16.–17. November 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19576

Basics für die treibhausgasneutrale Kommune: Treibhausgasneutrale Verwaltung

Klimaschutz und Klimaanpassung
17. November 2026, online
➔ www.difu.de/19777

Barrierefreiheit im ÖPNV stärken

Difu-Seminar
23.–24. November 2026, Berlin
➔ www.difu.de/19562

Werkzeuge für die treibhausgasneutrale Kommune: Verstetigung von Klimamanagements

Klimaschutz und Klimaanpassung
24. November 2026, online
➔ www.difu.de/19795

Unterkünfte für wohnungslose Menschen: Aktuelle Befunde und Perspektiven

Difu-Dialog
25. November 2026, online
➔ www.difu.de/19805

Dritte Orte – Inkubatoren für Demokratie und Gemeinwesen?

Difu-Seminar

26.– 27. November 2026, Berlin

➔ www.difu.de/19575**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

26. November 2026, Greifswald

➔ www.difu.de/19615**StVO-Novelle und die Anwendung in den Kommunen**

Difu-Seminar

3.–4. Dezember 2026, Berlin

➔ www.difu.de/19564**7. Kommunalen Fachaustausch im Umsetzungslabor Bau-Turbo**

8. Dezember 2026, online

➔ www.difu.de/19833**Mobility Transition: Role Model Paris?**

Difu-Seminar

10. Dezember 2026, online

➔ www.difu.de/19637**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

15. Dezember 2026, Saarbrücken

➔ www.difu.de/19790**Veranstaltungsvorschau
Auszug 1. Halbjahr 2027****Standortfaktor Rechenzentrum – Strategische Interessen, räumliche Auswirkungen und planerische Steuerungsbedarfe**

Difu-Dialog

20. Januar 2027, online

➔ www.difu.de/19806**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

26. Januar 2027, Mainz

➔ www.difu.de/19631**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

2. Februar 2027, Kassel

➔ www.difu.de/19616**Zündet der Bau-Turbo? Ein Zwischenfazit aus der kommunalen Praxis**

Difu-Dialog

17. Februar 2027, online

➔ www.difu.de/19807**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

18. Februar 2026, Magdeburg

➔ www.difu.de/19834**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

16. März 2027, Leipzig

➔ www.difu.de/19792**Die StVO in der Praxis: Straßenraum rechtssicher umverteilen**

17. März 2027, Erfurt

➔ www.difu.de/19779**Das Tempelhofer Feld und die Konkurrenz möglicher Zukünfte**

Difu-Dialog

17. März 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19809**Klimaschutz in Kommunen sozial gestalten**

Difu-Seminar

8.–9. April 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19821**Stellplätze im Wohnungsbau: Erfolgreich steuern mit und ohne Stellplatzsatzung?!**

Difu-Dialog

14. April 2027, online

➔ www.difu.de/19808**Schick von der Stange**

Difu-Seminar

15.– 16. April 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19822**Stärkung der Demokratie durch mehr Bürger:innenbeteiligung?!**

Difu-Seminar

19.– 20. April 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19823**Bauwende jetzt: Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft in Kommunen**

Difu-Seminar

22.– 23. April 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19824**Krisen erfolgreich meistern**

Difu-Seminar

29.– 30. April 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19825**Nachhaltigkeitsmanagement – digital und wirksam steuern**

Difu-Seminar

31. Mai – 1. Juni 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19826**Parkraummanagement als Schlüssel der Mobilitätswende**

Difu-Seminar

7.–8. Juni 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19827**Öffentliche Grünflächen**

Difu-Seminar

10.– 11. Juni 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19828**Klimaschutz und Klimaanpassung in Kommunen**

Difu-Seminar

14.– 15. Juni 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19829**Verzahnung von Raumordnung und Bauleitplanung bei Transformationsaufgaben**

Difu-Seminar

21.– 22. Juni 2027, Berlin

➔ www.difu.de/19830**Alle Veranstaltungen mit Einzelprogrammen und Anmelde-Tool**➔ www.difu.de/veranstaltungen**Weitere Veranstaltungsangebote**➔ www.jugendhilfe-inklusive.de➔ www.klimaschutz.de/de/agentur➔ www.zentrum-klimaanpassung.de➔ www.mobilitaetsforum.bund.de



Klimaanpassung per Gesetz – Neue Vorgaben von Bund und EU

Neue Vorgaben aus dem Bundes-Klimaanpassungsgesetz (KAnG) und der EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO) stärken die kommunale Klimaanpassung. Ein Difu-Webinar stellte Kernelemente vor und bot Raum zum Austausch.

Mit dem KAnG, der ausführenden Landesgesetzgebung und der EU-Wiederherstellungsverordnung (WVO) entsteht ein verbindlicher Rechtsrahmen für die kommunale Klimaanpassung. Er stärkt Planung, Umsetzung und Monitoring der Resilienz gegenüber Hitze, Trockenheit und Starkregen. Das Difu-Webinar vom 9. März 2026 erläuterte die rechtlichen Anforderungen und zeigte auf, wie KAnG, WVO und die Deutsche Anpassungsstrategie (DAS 2024) den Übergang von der Strategie zur verbindlichen Umsetzung unterstützen.

Das am 1. Juli 2024 in Kraft getretene KAnG bildet als sektorenübergreifendes Governance-Gesetz das Rückgrat der DAS. Es verzahnt sich eng mit der EU-WVO, die spezifische Anforderungen an städtische Ökosysteme stellt. Kernelemente des KAnG: das Berücksichtigungsgebot (§ 8), nach dem Klimaanpassungsbelange bei allen Planungen zu prüfen sind, die Verpflichtung der Länder zur Erstellung von Strategien und Risikoanalysen (§ 10) sowie die Benennung geeigneter Stellen für kommunale Klimaanpassungskonzepte. Die EU-WVO setzt in Art. 8 ambitionierte Ziele für städtische Ökosysteme, gilt aber nur für Städte, kleinere Städte und Vororte – rund 8.000 als „ländlich“ klassifizierte deutsche Kommunen fallen nicht darunter.

Eine der Kernvorgaben: Die nationale Gesamtfläche an städtischem Grün und der Baumüberschirmung darf gegenüber dem Referenzjahr 2024 nicht sinken. Ab 2031 muss sogar ein steigender Trend nachgewiesen werden. Für die Bauleitplanung verschärft dies die Abwägung. Da das Referenzjahr bereits vergangen ist, müssen heutige Grünverluste kompensiert werden. Kommunen sollten daher frühzeitig Kompensationsstrategien verankern, da ökologische Wiederherstellung Zeit braucht.

Die Herausforderung besteht darin, die abstrakten Ziele in rechtsverbindliche Planungsinstrumente zu überführen. Hierfür sind Synergien zwischen BauGB, Wasserrecht und Naturschutz zu nutzen. So können im Flächennutzungsplan (§ 5 BauGB) klimarelevante Flächen und Kaltluftschneisen dargestellt werden. § 9 BauGB ermöglicht Pflanzgebote für Bäume und Sträucher. Kommunale Grün-

satzungen können Begrünungspflichten für private Flächen und Fassaden festlegen, während Klimachecks die systematische Prüfung der Klimarelevanz von Planvorhaben unterstützen. Als innovatives Beispiel wurde Karlsruhes „grüne Layer“ vorgestellt – ein stadtweiter Bebauungsplan mit verbindlichen Greening-Standards bei genehmigungspflichtigen Sanierungen.



Foto: laranik, stock.adobe.com

Die Stadt Karlsruhe führt zudem ein Monitoring unter Anwendung von State-, Impact- und Response-Indikatoren durch. Erfasst werden unter anderem heiße Tage (State), wetterbedingte Feuerwehreinsätze (Impact) sowie Zugriffe auf den Hitze-Stadtplan (Response). Wurden 2023 vor allem Personal- und Finanzmangel als Hemmnisse genannt, kam 2025 mangelnde Flächenverfügbarkeit hinzu. Das Monitoring führte unter anderem zu zwei konkreten politischen Beschlüssen: zur Einrichtung eines „Sammelansatzes“ zur Budgetbündelung für Anpassungsmaßnahmen und zur politischen Vorgabe, konsequent mehr Bäume zu pflanzen als zu fällen.

Ein Fazit des Webinars: Klimaanpassung ist eine Daueraufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Der neue Rechtsrahmen schafft dafür die notwendige Verbindlichkeit. Vorhandene Daten, etwa aus Feuerwehrstatistiken oder Baumkatastern, ermöglichen einen schnellen Einstieg ins Monitoring. Kommunale Satzungen, vorausschauende Bauleitplanung und interkommunale Vernetzung stärken langfristig die Resilienz der Kommunen.



www.difu.de/19532



Dr.
Andrea Fischer-Hotzel
+49 221 340308-21
fischer-hotzel@difu.de

Dipl.-Ing. Vera Völker
+49 221 340308-14
voelker@difu.de

Hitze in der Stadt: von der Hitzeinsel zur kühlen Kommune

Hitzevorsorge ist kommunale Daseinsvorsorge – bislang aber freiwillig und uneinheitlich. Ein zweitägiges Difu-Seminar in Bochum brachte neue Erkenntnisse aus der Forschung und Erfahrungen aus der kommunalen Praxis zusammen.

Pünktlich zum Start der ersten großen Hitzewelle des Sommers diskutierten am 18. und 19. Juni 2026 Fachleute aus Wissenschaft und Kommunen in Bochum, wie sich Städte gegen Hitze wappnen können. Der Anlass ist drängend: Hitzeperioden nehmen an Zahl und Intensität zu, und das Robert Koch-Institut schätzt für die Sommer 2023 und 2024 jeweils etwa 3.000 hitzebedingte Sterbefälle in Deutschland. Besonders betroffen sind ältere und chronisch kranke Menschen sowie sozial Isolierte – Vulnerabilität verschärft sich dort, wo mehrere Risikofaktoren zusammentreffen. Zugleich ist die Hitzeaktionsplanung hierzulande bislang keine kommunale Pflichtaufgabe, weshalb Umfang und Qualität der Vorsorge stark von Motivation, Personal und Haushaltslage der einzelnen Kommune abhängen.



Foto: Luise Willen, Difu

Nach einer einführenden Verortung des Themas folgten vielseitige fachliche Inputs. Dr. Franziska Matthies-Wiesler (ecolo, Bremen) ordnete Hitze als Gesundheitsrisiko ein, Rebecca Vogel (Gesundheitsamt Düsseldorf) verglich die Hitzeaktionsplanung in Frankreich und Deutschland und machte deutlich, wie viel sich vom langjährigen französischen Vorbild lernen lässt. Mit Blick auf den Bund skizzierte Prof. Dr. Henny Annette Grewe vom Public-Health-Zentrum der Hochschule Fulda den Stand der nationalen Hitzeaktionsplanung. Aus der kommunalen Praxis berichteten Teresa Ziegler (Stadt Karlsruhe) über Erfahrungen aus dem Projekt Plan°C sowie Dr. Thomas Griebbe

(Stadt Duisburg) über den Weg von der lokalen Erfahrung hin zu übergreifenden Standards. Arbeitsgruppen zu kommunalen Anwendungsfeldern boten Raum, eigene Erfahrungen, Herausforderungen und Zielstellungen einzubringen.

Der zweite Tag führte in die kommunale Praxis der Gastgeberin, der „Schwammstadt“ Bochum. Vincent de Jong von der Zukunftsinitiative Klima.Werk stellte mit dem Projekt HAP.Regio einen regionalen Ansatz der Hitzeaktionsplanung in der Emscherregion vor. Auf einem anschließenden Stadtspaziergang mit Andreas Gunkel vom Tiefbauamt der Stadt Bochum wurde blau-grüne Infrastruktur im öffentlichen Raum konkret erfahrbar: An einem Trinkbrunnen am Husemannplatz, ergänzt um einen Vernebler, zeigte sich niedrigschwellige Hitzevorsorge zum Anfassen. Eine Wärmebildmessung mit der Verbraucherzentrale NRW machte sichtbar, dass beschattetes Stadtgrün deutlich kühler bleibt als besonnener Asphalt. Das Seminar endete mit einem World Café, das praktische Erfahrungen zur Hitzeaktionsplanung aus den Kommunen zusammenführte und wertvolle Erkenntnisse für die weitere kommunale Praxis lieferte.

Eine zentrale Erkenntnis des Seminars war, dass wirksamer Hitzeschutz die Menschen in ihren Alltagswelten erreichen muss und sich nicht in baulichen Maßnahmen erschöpft. Information, Sensibilisierung und die direkte Ansprache vulnerabler Gruppen sind ebenso entscheidend wie kühle Orte, Trinkbrunnen oder Verschattung – und sie gelingen nur ressort- und akteursübergreifend. Als wiederkehrende Hürden benannten die Teilnehmenden unklare Zuständigkeiten, knappe personelle und finanzielle Ressourcen sowie das Fehlen verbindlicher Vorgaben und einheitlicher Standards.

Trotz dieser Herausforderungen bot das Seminar Anlass zu Optimismus. Die wachsende Zahl kommunaler Hitzeaktionspläne, übertragbare Erfahrungen aus Vorreiterstädten und regionale Kooperationen wie HAP.Regio zeigen, dass Kommunen ins Handeln kommen. Entscheidend bleibt, Hitzevorsorge als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe zu verstehen und im Alltag von Verwaltung, Politik und Bevölkerung zu verankern.



www.difu.de/19856



Dipl.-Geogr. Luise Willen

+49 221 340308-19

willen@difu.de

Dr. Moritz Ochsmann

+49 30 3001-332

ochsmann@difu.de

Stadt für alle: Kommunen queerfreundlich gestalten

Wie werden Städte zu Orten, an denen queere Menschen sicher leben können? Dieser Frage widmete sich ein Difu-Seminar, in dem unterschiedliche Wege zu einer queerfreundlichen Kommune aufgezeigt wurden.

Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierungen und Queerfeindlichkeit stehen Kommunen mehr denn je vor der Aufgabe, sichere und diskriminierungsfreie Lebensräume für alle zu ermöglichen. Denn wie bewegungsfrei und selbstbestimmt queere Menschen ihren Alltag gestalten können, entscheidet sich maßgeblich vor Ort.

Drei Kurzimpulse aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft führten in das Thema ein und machten deutlich: Eine Stadt für alle ist immer auch eine Stadt für „Queers“. Stadtplanung und -forschung sind jedoch bis heute überwiegend heteronormativ geprägt und berücksichtigen queere Perspektiven nur unzureichend. Umso bedeutsamer ist daher zivilgesellschaftliches Engagement, das wesentlich zur Sichtbarkeit der Community beiträgt, durch finanzielle Kürzungen und Überlastungen zugleich jedoch unter Druck steht. Tatsache ist auch, dass queere Menschen gerade dort, wo sie sichtbar sind, besonders häufig Diskriminierungen und Unsicherheit erleben.

Welche konkreten Gestaltungsspielräume Kommunen zur Verfügung stehen, zeigt der Leitfaden „Queere Kommunalpolitik – Ein Leitfaden für Städte und Gemeinden in NRW“. Angefangen von Queerbeauftragten und kommunalen Aktionsplänen, reicht das Handlungsrepertoire über zielgruppenspezifische Angebote bis zur gezielten Qualifizierung von Fachkräften. Ebenso gilt es, Queerfeindlichkeit konsequent zu bekämpfen, etwa auf Basis von Antidiskriminierungsleitlinien.

Wie sich das vor Ort überführen lässt, zeigten mehrere Praxisbeispiele. Eine Exkursion in den Nollendorfkiez im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg gab Einblicke in bestehende Unterstützungsangebote für queere Menschen, etwa in der Jugendhilfe oder im Sportbereich. In München existiert wiederum bereits seit über 20 Jahren eine Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (International gebräuchliche Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und Queer), welche seit 2020 als Stabsstelle beim Oberbürgermeister angesiedelt ist. Diese Strategie schuf nicht nur verbindliche Vorgaben und politisch-strategische Handlungsmöglichkeiten, sondern etablierte auch ein Sicherheitsnetzwerk für queere Einrichtungen. Gerade

in kleineren und ländlichen Kommunen sind die personellen und finanziellen Spielräume häufig begrenzt. Nichtsdestotrotz können auch niedrigschwellige Maßnahmen wirkungsvolle Effekte erzeugen, wie etwa im Bodenseekreis: Die Bedarfe der queeren Community wurden hier zunächst durch eine Onlineumfrage analysiert – ein Vorgehen, das auch bei anderen Seminarteilnehmenden ein zentrales Element ihrer Arbeit darstellt.

Aufbauend auf den Umfrageergebnissen entstand eine Queer-Awareness-Kampagne, die in der Region auf große Resonanz stieß. Dass die Lebensbedingungen queerer Menschen im ländlichen Raum generell viele Teilnehmende bewegen, wurde auch in der anschließenden Gruppenarbeit deutlich, ebenso nachgefragt waren die Themen Sicherheit und eigene Räume der Community.



Foto: Vera Gutofski, Difu

Ungeachtet dessen besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf: Die abschließende Fishbowl-Diskussion verdeutlichte, dass hauptamtliche Queerbeauftragte die Ausnahme darstellen. Dabei sollte queerfreundliche Kommunalpolitik keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern fester Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge sein. Sie beginnt zwar mit Haltung, wird aber erst wirksam, wenn sie als Querschnittsthema in allen Ämtern verankert und mit ausreichend Ressourcen ausgestattet wird. Regenbogenfahnen, Stolpersteine oder Mahnmale können dabei wichtige Instrumente der Sichtbarkeit darstellen, dürfen aber keine reine Symbolpolitik bleiben.



www.difu.de/19814



Nikola Hefner
+49 30 39001-184
hefner@difu.de

Dr. Nicole Rogge
+49 30 39001-298
rogge@difu.de

Netzwerkkonferenz 2026 der Difu-Zuwanderstädte in Berlin

Das jährliche Treffen der Vertreter:innen aus Difu-Zuwanderstädten und -verbänden war 2026 gut besucht. Im Mittelpunkt stand das ressortübergreifende Thema „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Grundvoraussetzungen verbessern und Teilhabe fördern“.

Ende Juni 2026 war es wieder soweit: Das Difu lud zum zweiten Mal nicht nur die Ansprechpartner:innen, sondern auch interessierte Kolleg:innen aus allen Verwaltungsressorts der Difu-Zuwanderstädte zu einer hybriden Netzwerkkonferenz nach Berlin ein. Durch diese Öffnung sollten erweiterte Austauschmöglichkeiten angeboten und die Vernetzung der Fachkolleg:innen und Ressorts gefördert werden. Dies machte auch Ulrike Wolf, Leiterin des Difu-Bereichs Wissensmanagement und Fortbildung, bei der Eröffnung der Veranstaltung deutlich.

Zu Beginn der Konferenz stellte sich Prof. Dr. Jochen Monstadt dem Plenum als neuer Institutsdirektor des Difu vor. Ricarda Pätzold, Leiterin des Forschungsbereiches Stadtentwicklung, Recht und Soziales, interviewte ihn zu seinem beruflichen Werdegang sowie zur Frage, mit welchen inhaltlichen und strategischen Plänen er das Difu – auch vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen – in die Zukunft steuern will.



Foto: Song_about_summer, stock.adobe.com

Restaurant und die Exkursion zum Haus der Statistik spiegelte dies wider.

Der thematische Fokus „Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe. Grundvoraussetzungen verbessern und Teilhabe fördern“ wurde bewusst gewählt, weil soziale Gerechtigkeit und Teilhabe zentrale Leitplanken einer inklusiven Demokratie sind, die Chancengleichheit, faire Ressourcenverteilung und Mitgestaltung für alle Bevölkerungsgruppen sicherstellen. Dabei umfasst das Thema verschiedene gesellschaftliche Bereiche, wie das Zusammenleben, Umwelt, Mobilität und Daseinsvorsorge. Teilhabe nimmt immer mehr Raum in der Forschung sowie in fachpolitischen und öffentlichen Diskussionen ein. So auch im Difu, wo bereits Ergebnisse und Empfehlungen erarbeitet wurden. Anne Klein-Hitpaß, Leiterin des Forschungsbereiches Mobilität, stellte hierzu relevante Forschungsergebnisse aus dem Difu und Transferwege in die kommunale Praxis vor. Auf dieser Grundlage diskutierten die Teilnehmenden ihre Erfahrungen und Fragen aus der kommunalen Praxis.

Am zweiten Veranstaltungstag erhielten die Teilnehmenden Einblicke in die breite Forschungspraxis des Difu, fachliche Impulse aus aktuellen Forschungsprojekten und die Möglichkeit zum Austausch und zur Kooperation mit Kolleg:innen der jeweiligen Forschungsbereiche. Hierzu wurden hybride Teilkonferenzen angeboten und jeder der vier Forschungsbereiche stellte Befunde aus zwei Projekten vor. Die Themen reichten von einer bundesweiten Erhebung zu Wohnungslosigkeit, über digitaler Gerechtigkeit, Radverkehr für alle bis hin zu Umgang mit Trockenheit und Wasserknappheit in Kommunen.

In der Abschlussrunde zum Thema „Veränderte Blickwinkel – neue Perspektiven?“ ging es um neu gewonnene Erkenntnisse und Einsichten sowie offen gebliebene Fragen zum gemeinsamen Weiterdenken. Rückblickend war die Netzwerkkonferenz 2026 ein atmosphärisch dichtes Treffen, das von persönlichen Begegnungen und intensivem fachlichen Austausch geprägt war. Wir freuen uns schon heute auf das nächste Treffen 2027 mit den Fachkolleg:innen aus unseren Zuwanderstädten.



www.difu.de/19748



Dipl.-Soz.
Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de

Kommunen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung

Zeitenwende vor Ort? Welche Aufgaben leiten sich in der zivilen Verteidigung für Kommunen ab? Wie verhält sich das zum Katastrophenschutz und der Wahrung kommunaler Aufgaben? Ein Difu-Webinar suchte Antworten.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 rückt neben der militärischen auch die zivile Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in den Fokus. Sie umfasst die Aufrechterhaltung von Staats- und Regierungsfunktionen, den Zivilschutz, die Versorgung der Bevölkerung sowie die Unterstützung der Streitkräfte. All das spielte bislang weder im kommunalen Selbstbild noch im Alltag von Verwaltungen eine Rolle – doch das ändert sich nun.

Das Difu-Webinar „Jetzt auch noch der Operationsplan Deutschland?“ bot Raum zum Austausch über die Fragen, welche Pflichten sich aus den Teilbereichen der zivilen Verteidigung für die kommunale Ebene ergeben. Anschließend zeigten Praxisbeispiele, wie Kommunen diese Aufgaben trotz vieler anderer Herausforderungen im Alltagsgeschäft erfüllen können.

Zum Auftakt erläuterte Armin Schaus, Oberst i.G. und Abteilungsleiter „Zivil-Militärische Zusammenarbeit“ im Operativen Führungskommando der Bundeswehr, dass die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Aufgaben Deutschlands, die für die Streitkräfte im „Operationsplan Deutschland“ festgehalten sind, ohne Unterstützung der zivilen Verwaltung kaum zu bewältigen wären.

Auch Alice Balbo, Referentin für Katastrophenschutz und Resilienz des Deutschen Städtetags, betonte, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen für die zivile Verteidigung sei. Angesichts der ohnehin großen Belastungen der Kommunen müssten aber Zuständigkeiten und Pflichten klarer definiert werden, um eine verlässliche Planung zu ermöglichen.

Die anschließende Diskussion mit den über 60 Teilnehmenden zeigte eine große Bereitschaft, die zivile Verteidigung auf kommunaler Ebene zu stärken, aber auch Unsicherheit, wo die nötigen Informationen verfügbar sind, und wie sich die Planung und Umsetzung in den kommunalen Alltag integrieren ließe.

Der zweite Teil präsentierte Praxisbeispiele: Zunächst berichtete Landrätin Nicole Rathgeber aus dem Werra-Meißner-Kreis von durchgeführten Übungen der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Diese hätten über Jahre nicht nur die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verbessert, sondern auch das kommunale Krisenmanagement gestärkt.

Ähnlich beschrieb Brandrat Dennis Ittrich von der Feuerwehr Essen, wie viele Aufgaben der zivilen Verteidigung dort über eine Ertüchtigung des vorhandenen Katastrophenschutzes abgedeckt werden. Als Nebeneffekt kann dieser dadurch seine Routineaufgaben außerhalb des Spannungs- und Verteidigungsfalles besser erfüllen.

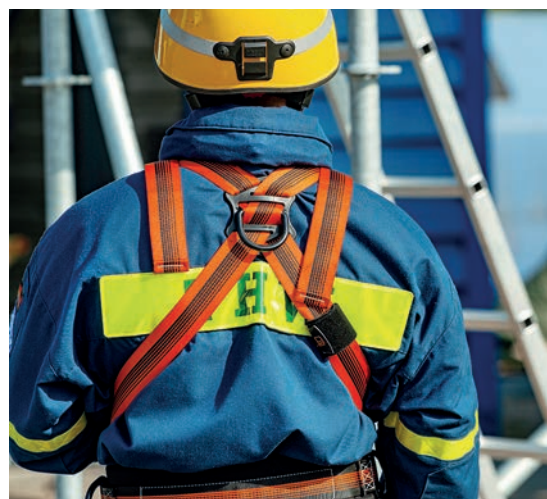


Foto: Andreas Gruhl, stock.adobe.com

Anschließend berichtete Sophie Witte vom Universitätsklinikum Ulm, mit welchen Überlegungen dort die Resilienz der regionalen Gesundheitsvorsorge gestärkt werden soll. Praktische und rechtliche Handlungsspielräume für lokale Akteure beim Schutz kritischer Infrastrukturen und der Vorsorgeplanung stehen im Fokus.

In der Abschlussdiskussion machten die Teilnehmenden erneut ihre große Bereitschaft deutlich, sich dem Thema auf kommunaler Ebene zu stellen. Allerdings sahen sie auch einen Bedarf an Informationen, die schnell und für den lokalen Kontext verfügbar sein müssen, ebenso an Beratung und Hilfe bei der Umsetzung vor Ort. Das größte Potenzial sahen viele in der engen Verzahnung zwischen ziviler Verteidigung und alltäglicher Gefahrenabwehr im Katastrophenschutz – hier lassen sich bestehende Strukturen nutzen und gleichzeitig Vorsorge für Krisen treffen.



www.difu.de/19744



Lawrence Schätzle, M. A.
+49 30 39001-221
schaetzle@difu.de



Katherine Kaplan

verantwortet seit August 2026 als Kaufmännische Geschäftsführung und Bereichsleitung Verwaltung die strategische, organisatorische und administrative Entwicklung des Difu, gemeinsam mit Institutsleiter Prof. Dr. Jochen Monstadt. Davor war sie Director of Finance and Operations für die Daniel Barenboim Stiftung und Verwaltungsleiterin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Weitere berufliche Stationen im Hochschul- und Forschungsmanagement, in der Internationalisierung und Graduiertenförderung waren das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, die Humboldt-Universität zu Berlin und die Universität Hamburg. Katherine Kaplan absolvierte ein Rechts- und Germanistikstudium an der britischen University of Bristol, ein LL.M. Studium in Law and Economics an den Universitäten Hamburg und Gent sowie ein Postgraduiertenprogramm in International Development Studies an der Ruhr-Universität Bochum.

Kristin Láng

ist seit Mitte März 2026 als wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Öffentlichkeitsarbeit der Agentur für kommunalen Klimaschutz am Difu-Standort Berlin verantwortlich. Ihr Fokus liegt darauf, wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich in die kommunale Praxis zu übersetzen und so wirksamen Klimaschutz zu unterstützen. Vor ihrem Wechsel zum Difu arbeitete Kristin Láng rund zehn Jahre in der strategischen Kommunikation, zuletzt als Teamleitung Beratung und Projektmanagement bei der Kommunikationsagentur KOMPAKTMEDIEN. Dort beriet sie Bundesbehörden, Ministerien und weitere öffentliche Auftraggeber zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen wie Bildung, Informationssicherheit und Nachhaltigkeit. Kristin Láng studierte Angewandte Kulturwissenschaften mit dem Schwerpunkt Kulturgeographie an der Leuphana Universität Lüneburg.

Miriam Leich

leitet seit Juli 2026 die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Difu. Sie ist seit 2011 in der Wissenschaftskommunikation tätig und hat unter anderem am DIW Berlin, der Hertie School of Governance, dem Reiner Lemoine Institut und zuletzt bei der Nationalen Organisation für den Wandel in der Mobilität gearbeitet. Als Nachfolgerin von Sybille Wenke-Thiem ist sie Ansprechpartnerin für alle Medienanfragen und kommuniziert gemeinsam mit dem Difu-Team die Forschungsthemen, Projekte und aktuellen Nachrichten des Instituts.

Dr. Friederike Pfeifer

ist seit Mai 2026 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Team Stadt und Gesellschaft. Die promovierte Juristin bearbeitet forschungsbereichsübergreifend Projekte u.a. zu Wärmeplanung und Stadterneuerung sowie zu Straßen- und Straßenverkehrsrecht. Sie studierte Rechtswissenschaften in der Humboldt-Universität zu Berlin und an der Universität i Bergen (Norwegen), und absolvierte ihr Referendariat in Berlin mit Stationen im Bundesministerium des Innern und an der Deutschen Botschaft in Dhaka/Bangladesch. Berufliche Erfahrungen sammelte Friederike Pfeifer u.a. an einem außeruniversitären Forschungsinstitut, zuletzt als Bereichsleiterin. Ihre nebenberufliche Promotion zu Strukturdefiziten im Straßenverkehrsrecht hat sie kürzlich an der Universität Greifswald abgeschlossen. Bevor sie zum Difu kam, war sie als Rechtsanwältin in einer energierechtlichen Fachkanzlei tätig.

Sybille Wenke-Thiem,

langjährige Leiterin der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, hat das Difu umzugsbedingt Ende Juni nach 31 Jahren verlassen. Seit 1995 verantwortete Sybille Wenke-Thiem die Außenkommunikation des Instituts, professionalisierte sie und entwickelte sie kontinuierlich weiter. Dabei erschloss sie neue Kommunikationskanäle, baute die Social-Media-Präsenz des Instituts auf und weiter aus und bereitete wissenschaftliche Themen verständlich und prägnant für unterschiedliche Zielgruppen auf. Damit trug sie wesentlich zur Sichtbarkeit und positiven öffentlichen Wahrnehmung des Instituts bei. Mit ihrem breiten Wissen über die Arbeit des Instituts und ihrer engen Vernetzung innerhalb und außerhalb des Difu war sie eine wichtige Ansprechpartnerin für Medien, Kommunen, den Deutschen Städtetag, zahlreiche Partnerorganisationen sowie die Difu-Mitarbeitenden. Das Difu dankt Sybille Wenke-Thiem herzlich für ihr langjähriges Engagement und die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihr für ihren neuen Lebensabschnitt in Norddeutschland alles Gute.

Abgebildete (v.l.n.r.)

Katherine Kaplan (Foto: Masa Yuasa, Bloom Studios), Kristin Láng, Miriam Leich, Dr. Friederike Pfeifer (Fotos: Vera Gutofski), Sybille Wenke-Thiem (Foto: David Ausserhofer)



Hitzeschutz als Gemeinschaftsaufgabe: Anhörung im Deutschen Bundestag

Kommunen müssen Hitzeschutz umsetzen, doch woher kommen die Finanzmittel? Difu-Experte Henrik Scheller nahm am 23. September als Sachverständiger an einer Anhörung des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag teil und plädierte für feste Finanzierungsstrukturen, statt einzelner Förderprogramme des Bundes.

➔ www.t1p.de/ieimv

Difu beim bundesweiten Arbeitskreis Radschnellwege 2027

Im September nahm Difu-Wissenschaftler Tobias Klein am Arbeitskreis Radschnellwege teil und präsentierte das Projekt „RAVINA“, das die Einbindung von außerörtlichen Fahrradstraßen und Wirtschaftswegen in ein lückenloses Radverkehrsnetz zum Ziel hat. Rund 100 Expert:innen aus Kommunen, aber auch der Landesebene und Planungsbüros diskutierten Herausforderungen bei der Entwicklung von Radschnellwegen.

➔ www.t1p.de/g5kws

19. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik

Mehrere Difu-Wissenschaftler:innen haben sich im September beim Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik 2026 in Köln in zwei Foren und einer Arena eingebracht. Dabei reichte das Themenspektrum von der Frage nach Möglichkeiten zur Stärkung von Ankunftsquartieren, zu Gesprächen über den Bau-Turbo bis hin zu den sozialen Implikationen im Spannungsfeld von Klimaschutz und Wohnungsbau. Der Kongress bot die Möglichkeit Ergebnisse aus der Difu-Forschung einer breiten Fachöffentlichkeit zu präsentieren und gemeinsam zu diskutieren.

➔ www.t1p.de/6mw3a

Abiturient:innen zu Besuch am Difu

Am 9. September waren Abiturient:innen des Gymnasiums Sundern bei uns in Berlin zu Gast. Anne Eckelmann und Naomi Schmitz gaben einen Einblick in unsere Arbeitsbereiche. Anschließend ging es um städtische Klimaanpassung und die Schwammstadt. Auch Mobilität

war ein Thema: Anhand von Difu-Projekten diskutierte die Gruppe mögliche Alternativen zum Auto auf dem Land. Außerdem ging es um Urbanistik als möglichen Beruf: Wie funktioniert interdisziplinäre Forschung? Was für Studiengänge bereiten mich darauf vor? Und wie gestaltet das Difu die Zusammenarbeit mit Kommunen?

➔ www.t1p.de/e5gmt

Das Difu radelt durch die Stadt

Beim STADTRADELN vom 20. Mai bis 9. Juni radelten 49 Mitarbeitende aus allen Fachbereichen des Difu für den Klimaschutz: 11.517 km in 1.328 Fahrten, 1.888,8 kg CO₂ eingespart – Platz 110 von rund 1.700 Berliner Teams. Spitzenreiterin Nicole Rogge fuhr 711 km, Thorsten Geyer war mit 83 Fahrten am ausdauerndsten. Auch die gemeinsame Radtour kam gut an!

➔ www.t1p.de/8yl8g

Klimaanpassung einfach erklärt

In der Videoreihe „Wissen, das bewegt“ vermittelt das Zentrum für Klimaanpassung leicht zugänglich, wie Klimaanpassung gelingen kann. Im neuesten Video widmet sich das ZKA der Bürgerbeteiligung in der Klimaanpassung. Also das Einbinden der Menschen vor Ort in die Maßnahmen zur hitzeresilienten Stadt.

➔ www.t1p.de/s8o8d

Difu Projekt abgeschlossen

Am 18. Juni fand in Essen die Abschlussveranstaltung des Projekts „Teilhabe in neuen Ankunftsquartieren stärken“ statt, in dem das Difu gemeinsam mit Projektpartnern in Kommunen bei der Stärkung von Teilhabe und Zusammenhalt in Ankunftsquartieren unterstützt. Das Projekt wurde bei der Veranstaltung mit Erfahrungen und Zukunftsaussichten verabschiedet.

➔ www.t1p.de/to3r5

TAB Academy Kommunalfinanzen mit Difu-Input

Christian Raffer referierte am 24. August 2026 in Erfurt vor Bürgermeister:innen und Finanzverantwortlichen. Das Thema seines Inputs war „Kommunale Haushaltslöcher und die Chancen für einen Neuanfang“. Die gesamte Veranstaltung drehte sich um die kommunale Finanzsituation in Thüringen.

➔ www.t1p.de/013q2

Ausstellung: Too Hot – Heiße Städte, neue Wege

Noch bis zum 7. Februar 2027 ist im Deutschen Architekturmuseum (DAM) eine Ausstellung zu Klimaanpassung in urbanen Räumen zu sehen. Anhand von 13 europäischen Städten zeigt die Ausstellung, wie wichtig und gleichzeitig herausfordernd städtische Klimaanpassung sein kann. In der Ausstellung kann ein Videointerview von Difu-Wissenschaftler Maic Verbücheln zum Thema Ressourcen einer Stadt angesehen werden.

➔ www.t1p.de/sy8b9

Workshop in Aachen

Martina Hertel hat am 13. Juni beim Workshop des NEMORA-Netzwerks der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen zum Thema „Regionale Verkehrswende erfolgreich gestalten“ das Difu-Projekt RegioProzess vorgestellt. Darin untersucht das Difu, wie Verwaltungsprozesse für die Verkehrswende durch digitale Werkzeuge optimiert werden können.

➔ www.t1p.de/p8ib2

Barcamp Kommunalen Klimaschutz 2026

Am 11. und 12. Juni fand das jährliche Mentoringpräsententreffen des Zentrum für Klimaanpassung als Barcamp statt. 16 Sessions zu zentralen Themen der kommunalen Klimaanpassung, wie etwa Hitzeaktionsplanung für vulnerable Gruppen oder Überflutungsschutz durch Pflanzungen wurden besprochen. Die Teilnehmenden konnten an spielerischen Vermittlungsformaten teilnehmen, und sich vernetzen. In diesem Rahmen tauschten sich Klimaschutzmanager:innen über neue Lösungen für ihre Projekte aus und setzten sich frisch motiviert an ihre Projekte vor Ort.

➔ www.t1p.de/whups

Fotos (v.l.n.r.): ©:

- 1.: Screenshot von der Anhörung im Deutschen Bundestag (rechts im Bild H. Scheller),
- 2.: René Notenbomer, stock.adobe.com
- 3.: Vera Gutofski (Abiturient:innen im Difu),
- 4.: sashkasiro, stock.adobe.com



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Auf der Difu-Webseite und im -Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen.

Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen an die Infos über die Difu-Webseite im Extranet. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol ★ gekennzeichnet.

Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte und -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:

➔ www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:

➔ www.difu.de/15192

Sollte trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, so hilft der Bereich Wissensmanagement gern weiter:

Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf

+49 30 39001-297

wolf@difu.de

Fragen zu Difu-Publikationen:

Dipl.-Pol. Patrick Diekmann

+49 30 39001-254

diekmann@difu.de

Bestellungen:

+49 30 39001-253

vertrieb@difu.de

➔ www.difu.de/publikationen

Neue Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 3/2026

➔ www.difu.de/19810

Vom Tagging zum Analysing: Beiträge zu den SDGs im Haushalt sichtbar machen

➔ www.difu.de/19839

Datengrundlagen für die regionale und kommunale Klimaanpassung

➔ www.difu.de/19820

Kommunale Kooperationen für die Energiewende – Herausforderungen und Chancen

➔ www.difu.de/19819

Datengrundlagen für die regionale und kommunale Klimaanpassung

➔ www.difu.de/19820

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel – Abschlussbericht

➔ www.difu.de/19799

Transformation regionaler Infrastrukturen für einen sozial-ökologischen Strukturwandel – Erkenntnisse aus drei Beispielprojekten

➔ www.difu.de/19800

Empfehlungen zur Strukturmittelvergabe für eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung

➔ www.difu.de/19802

Urban Sustainability and the Governance of Heterogeneous Energy Systems

➔ www.difu.de/19794

Impact Investing in der Finanzwirtschaft und wirkungsorientiertes Investieren in Kommunen

➔ www.difu.de/19793

BISKO Bilanzierungssystematik Kommunal

➔ www.difu.de/19767

Hilfestellung zur Interpretation der kommunalen Treibhausgasbilanz für das Jahr 2024

➔ www.difu.de/19768

Moderne Stadtgeschichte, 2026:

„Doing City“ – Praktiken von Urbanität

➔ www.difu.de/19733

Klimaschutz sozial verträglich gestalten

➔ www.difu.de/19718

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Systemische Lösungen in der Kinder- und Jugendhilfe

➔ ★ www.difu.de/19750

Klimainformationssysteme im Einsatz

➔ ★ www.difu.de/19734

Netzwerkkonferenz Zuwenderstädte

➔ ★ www.difu.de/19748

Von Grau zu Grün

➔ ★ www.difu.de/19731

Hitze in der Stadt

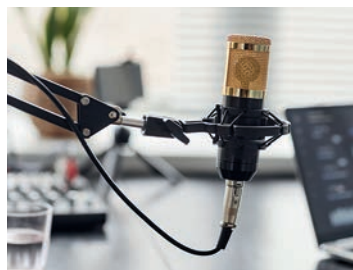
➔ ★ www.difu.de/19856

Jetzt auch noch der Operationsplan Deutschland?

➔ ★ www.difu.de/19744

Nachrichten aus dem Difu-Extranet

➔ ★ www.difu.de/extranet/nachrichten



Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Berliner Morgenpost, 12.9.2026

Das Difu im Porträt bei „Berlin Forscht“

In ihrer Reihe „Berlin Forscht“ stellt die Berliner Morgenpost am Wochenende regelmäßig Forschungseinrichtungen der Hauptstadt vor. Im September stand das Difu im Rampenlicht: Institutsleiter Prof. Dr. Jochen Monstadt und Difu-Wissenschaftlerin Levke Sönksen sprachen stellvertretend für das ganze Institut über Herausforderungen und Highlights der transdisziplinären Stadtforschung und gaben Einblicke in die Arbeit des Difu.

➔ mit Abo: www.t1p.de/3u77b

Deutschlandfunk Kultur, 16.8.2026

Wie sich Dörfer dem veränderten Klima anpassen

Extreme Wetterereignisse wie etwa Hitze oder Starkregen treten zunehmend auch in Dörfern auf. Welche Maßnahmen zur Anpassung an das veränderte Klima im ländlichen Raum notwendig sind, bespricht Difu-Wissenschaftlerin Jana Lange vom Zentrum für Klimaanpassung im Interview mit Deutschlandfunk Kultur.

➔ www.t1p.de/g6s0m

rbb24 Inforadio, 15.8.2026, ab Min. 8:10

Bad Belzig: Was tun gegen den Leerstand in der Innenstadt?

Leerstehende Ladenlokale sorgen in Städten nicht selten für einen Teufelskreis, der die Attraktivität des öffentlichen Raumes und den Zulauf an Kundschaft negativ beeinflusst. Difu-Wissenschaftlerin Dr. Stephanie Bock erklärt im rbb Inforadio, wie sich eine Abwärtsspirale verhindern lässt und über welche anderen Nutzungsformen man nachdenken kann.

➔ www.t1p.de/uavp3

Der Gemeinderat, 12.8.2026

Nachhaltige Mobilität: Wie die Verkehrswende im ländlichen Raum Fahrt aufnimmt

Das Auto ist auf dem Land weiterhin das bevorzugte Fortbewegungsmittel. Alternative Mobilitätsangebote wie etwa Bus, Rad oder Rufbusse

könnten dafür eine nachhaltigere Option sein. Levke Sönksen und Linus Goericke vom Difu erklären in einem Gastartikel, dass eine Standardlösung als Mobilitätskonzept nicht in jeder Kommune funktioniert. Viel mehr sollten sich Mobilitätsstrategien an den Bedingungen und Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientieren.

➔ www.t1p.de/z64l8

Spiegel Online, 3.8.2026

Das Klima muss warten

Wie sollen Kommunen langfristig Klimaschutz-Investitionen tätigen, wenn sie schon die Ausgaben für kommunale Pflichtaufgaben kaum stemmen können? Diesen Konflikt schildert Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller im Spiegel. Doch nicht nur der Mangel an finanziellen Ressourcen, auch rechter Populismus verhindert wichtige Klimaziele.

➔ mit Abo: www.t1p.de/81xqp

Correctiv, 29.7.2026

Hitzeschutz in deutschen Städten

Aufgrund des Klimawandels werden auch in Deutschland Hitzewellen immer häufiger. Doch für viele Städte ist es noch eine Herausforderung ihre Bevölkerung wirksam vor den Folgen extremer Hitze zu schützen. Für Correctiv erklärt Difu-Wissenschaftlerin Betül Türkeri, dass Verbindlichkeit und Einheitlichkeit helfen, die Wirksamkeit von Hitzeaktionsplänen sicherzustellen.

➔ www.t1p.de/yts78

Die Korrespondent:innen, 20.7.2026

Damit der Pralinen-Laden bleibt

In deutschen Städten herrscht ein fortschreitendes Ladensterben. Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold erläutert, dass kleine, inhabergeführte Geschäfte durch die steigende Gewerbemieten verdrängt werden. Nur große Handelsketten können sich diese noch leisten.

➔ www.t1p.de/dzsa9

Deutschlandfunk, 15.7.2026

Hitzeschutzpolitik in Frankreich

In Deutschland ist Hitzeschutz eine freiwillige Aufgabe – in Frankreich verpflichtend. Difu-Wissenschaftler Dr. Moritz Ochsmann spricht im Deutschlandradio über die soziale Dimension von Extremhitze und die Vorteile eines Hitze-Notfallplans.

➔ www.t1p.de/10i2d

ZDF heute journal, 12.7.2026,

Hitzeschutzmaßnahmen in Kommunen

Im ZDF heute-journal spricht Difu-Wissenschaftlerin Dr. Andrea Fischer-Hotzel über langfristige Hitzeschutzmaßnahmen in Kommunen. Ohne verpflichtende Hitzeschutzpläne fehlt es oft an Ressourcen. Doch auch kostengünstigere Lösungen stellt Fischer-Hotzel vor (ab Min. 7:46).

➔ www.t1p.de/s05nt

DIE ZEIT, 12.7.2026

Radfahren für alle

Verkehrsmittel für Arme oder Statussymbol unter Wohlhabenden? Im Projekt »Radklusion« erarbeiten Difu-Forscherin Victoria Reichow und ihr Team Vorschläge für Kommunen, wie sich einkommensschwache Gruppen fürs Radfahren gewinnen lassen. Die Zeit stellt das Projekt und seine Hintergründe vor.

➔ www.t1p.de/gg542

Frauenhofer IESE, 25.6.2026

Kurz & wüzig – Digitalisierung von Stadt und Land

Difu-Wissenschaftler Jan Abt ist im Podcast kurz & wüzig zu Gast und spricht über Digitalisierung in der Stadtentwicklung. Durch das Modellprojekt Smart City-Förderprogramm können Städte ihre Digitalisierung selbst in die Hand nehmen. Ein wichtiges Beispiel sind Ankerorte, die Bürger:innen die Möglichkeit bieten, Angebote niedrigschwellig kennenzulernen und mitzugestalten.

➔ www.t1p.de/gjckm

Bundeszentrale für politische Bildung, 1.6.2026

So beeinflusst der demografische Wandel die Arbeit von Kommunen in Deutschland

In einem Artikel der bpb schreibt Difu-Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller über die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Kommunen. Vor Ort wird schließlich ein Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge erbracht und finanziert. Im Artikel zeigt sich die größer werdende Diskrepanz zwischen steigenden Kosten für Sozialleistung und die sinkenden Einnahmen durch den Bevölkerungsrückgang.

➔ www.t1p.de/wlaz2

Fotos (v.l.n.r.) ©:

1: Seventyfour, stock.adobe.com, 2.: Zerbor, stock.adobe.com, 3: oatawa, stock.adobe.com
4.: InfiniteFlow, stock.adobe.com

